Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Telefon 6795, nachts 6797.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag.

Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . 16·— Kč, vierteljährlich 48·— Kč, halbjährig . . 96·— Kč, ganzjährig . 192·— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 400·— ÖK, für Deutschland 40·— Mk.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

1. Jahrgang. Donnerstag, 8. Dezember 1921. Nr. 84.

Das Beispiel Irlands.

„Der 6. Dezember 1921 wird einer der größten Tage in der Geschichte Großbritanniens bleiben", schreiben die englischen Blätter und sie schreiben die Wahrheit. Achthundert Jahre lang währenden Streit, der bald in hohen Wogen einherbrauste, bald sich in ruhigeren Formen vollzog, doch niemals abbrach, dem nationale, religiöse und, weniger bewußt, wirtschaftliche Gegensätze in einem fort frische Nahrung zutrugen, solchen Streit durch einen friedlichen Vertrag zu beenden, bedeutet einen Sieg über sich selbst, der jeden Streitteil ehrt. Nicht lange noch, da tobte in den Städten und Städtchen Irlands der Aufruhr, wurden Züge von Gefangenen fortgeschleppt, starb der Bürgermeister von Cork heldenhaft den selbstgewählten Hungertod, standen der katholische Süden und der protestantische Norden der Insel, Ulster und Sinnfein, in Waffen und Haß drohend gegen einander. Und jetzt wird, den Waffenstillstand der letzten Monate krönend, der „Irische Freistaat" mit den gleichen Rechten wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika sich als beinahe selbständiger Staat dem englischen Imperium eingliedern dürfen, das Treugelöbnis ans Reich wird ihn bloß zu Beitragsleistungen zur Staatsschuld und zu den Kriegsausgaben verpflichten und zu einer gemeinsamen, doch von ihm mitbestimmten Außenpolitik. Dem Bruderkrieg im Lande selbst soll gleichfalls ein friedliches Uebereinkommen ein Ziel setzen. Ohne Zwang wird Ulster frei entscheiden dürfen, ob es sich, unter Wahrung seiner Eigenart, am allirischen Parlament beteiligt oder für sich bleibt; im letztgenannten Fall wird eine genaue Abgrenzung Reibungen vorzubeugen trachten.

Streitpunkte, um derenwillen schon Ströme von Blut flossen, sind durch diese Vereinbarungen zwischen der englischen und der Sinnfeiner-Delegation bereinigt und damit hat der Weltkrieg die erste Frucht gezeitigt, die nicht ganz nach Galle schmeckt. Denn wenn dieses Mal das Evangelium der Gewalt verstummt und die beteiligten Parteien es vorzogen, ohne an die Macht und ans Schwert zu appellieren, sich mit Erreichbarem zu begnügen, so mag ihnen wohl die Karikatur der Friedensverträge warnend vor Augen gestanden sein, die statt Ordnung allenthalben nur unerträgliche Zustände schufen. Wie die Entente den Deutschen, so hätte Großbritannien den Iren gewiß seinen Willen aufzwingen können, aber in richtiger staatsmännischer Erkenntnis begriffen die herrschenden Klassen dort rechtzeitig, daß ein mit dem Schwert zusammengeschweißter, mit Gewalt zusammengehaltener Staat der schweren sozialen Auseinandersetzung, welche die Zukunft bringen muß, unmöglich gewachsen sein könnte.

Um den Kampf auf Sein und Nichtsein, der des Kapitalismus harrt, mit einiger Aussicht auf Erfolg zu bestehen, gibt die englische Bourgeoisie alle Positionen zweiten Ranges klug preis: Sie wird, so wie in Irland, auch in Aegypten und Indien auf die nationale Vormachtstellung verzichten, wird, wenn's sein muß, mit dem deutschen Bürgertum ihren Frieden machen, wird die soziale Fürsorge zum feinsten Präzisionsmechanismus ausbilden und nur einem Ziele treu bleiben: sich und das von ihr repräsentierte System im Sattel zu behaupten. Wenn man genauer zusieht, erkennt man diesen Wunsch auch als die Grenze, welche Sinnfein seinem völkischen Irredentismus gezogen hat. Es mußte sich sagen, daß von einem bestimmten, vielleicht nahe bevorstehenden Zeitpunkt an die nationale in die soziale Revolution umschlagen würde, weil Revolutionen niemals dort aufhören, wo ihre Erreger ihnen ursprünglich das Ziel setzten, und im wohlverstandenen Klasseninteresse gebot es der Bewegung rechtzeitig halt.

Die bolschewistische Theorie, welche den Weltumsturz in absehbarer Nähe glaubte, wird an dieser klugen Selbstbehauptung der bürgerlichen Weltordnung nicht vorübergehen dürfen und wird mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß sich die Zukunftskämpfe des Proletariats noch für lange Zeit vielleicht in Imperien vollziehen werden, die nach dem am 6. Dezember 1921 in die Erscheinung tretenden englischen Muster entschlossen zum Föderativsystem fortschreiten. Und ebenso wird die bürgerliche Ideologie gut daran tun, bei den irischen Erfahrungen Einkehr zu halten. Das Herrenvolk der tschechoslowakischen Republik, das uns da am meisten interessiert, ist ja an und für sich schon durch eine sentimentale Erinnerung mit Irland verknüpft. Als es sich noch nicht als Herr, sondern als Sklave fühlte, hat einer seiner besten Söhne, Karl Hawlitschek, alles, was er gegen den Zwingherrn Oesterreich auf dem Herzen trug, als Anklage gegen England in die Welt geschrien, hat er der politischen Sehnsucht seines gefesselten Volkes in fingierten Homerule-Berichten begeisterten Ausdruck verliehen. Der Sklave aus dem Vormärz ist inzwischen zum Herrenrang aufgestiegen und er sollte sich, nun Irland voll und ganz „Home-rul" erhalten hat, fragen, ob er nicht die Ehrenpflicht hat, dem damals gewählten Symbol auch jetzt, wo sich die Rollen umgekehrt haben, die Treue zu bewahren. Die eigene Vergangenheit verpflichtet und noch mehr verpflichtet das Verantwortungsgefühl für die Zukunft. Dieses aber muß den Tschechen nahelegen, den anderen Völkern ihrer Republik gegenüber auf einen Vorrang zu verzichten, dessen sich die soviel mächtigeren Briten den Iren gegenüber begeben haben. Der Schoß der Zukunft birgt andere, unedlich wichtigere Fragen als die Kunst, im Streite um Volksschulen und Bezirksgerichte völkische Nadelstiche zu versetzen. Die Klassenfronten der ganzen Welt schließen sich. Diese klare Erkenntnis tut auch hierzulande not, auch hier brauchen wir eine vom nationalen Hader nicht verwischte Aufstellung der Streitkolonnen. Sonst laufen wir Gefahr, daß unser Proletariat, bis es einmal dem Ansturm der geeinten Bourgeoisie standhalten soll, zersplittert und also wehrlos dem Gegner gegenübersteht.

Bethlen kündigt „Freiheit" an.

Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung. — Revision der Internierungen. „Aussöhnung" mit der Arbeiterschaft.

Budapest, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Graf Bethlen, daß die Regierung, solange der Bolschewismus eine europäische Gefahr bedeutet hätte, auf dem Gebiete der öffentlichen Freiheit leider nicht so weit habe gehen können, als es ihr lieb (!) gewesen wäre. Seitdem hätten sich die Verhältnisse geändert. In den Nachbarstaaten beständen zwar noch gewisse Zentren, welche auf die öffentlichen Zustände Ungarns verderblich einzuwirken suchen, doch fänden diese Bestrebungen nur geringen Widerhall. Die Regierung sei daher entschlossen, möglichst rasch den vollen Genuß der öffentlichen Freiheit zu sichern. Sie hält es für notwendig, die Aussöhnung mit jenen Arbeiterschichten zu versuchen, die sich gegen die Regierung gewendet haben. Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes soll ein großes Maß von Freiheit zur Geltung kommen. Sämtliche Parteien müssen der gleichen Behandlung teilhaftig werden. Die Regierung werde der Arbeiterklasse die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung in vollem Maße zusichern, wenn Garantien gegeben werden, daß die Gewerkschaften im Rahmen ihrer Tätigkeit keine politischen Ziele verfolgen. Das System, daß Personen, die ihre Strafe bereits abgebüßt haben, der Internierung unterzogen werden, werde abgeschafft, die gegenwärtigen Internierungen würden einer Revision unterzogen werden. Die Preßzensur werde in den allernächsten Tagen eingestellt, doch behalte sich die Regierung die ihr im Preßgesetze gesicherten Rechte vor. Solange keine Annäherung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zustande komme, werde die Regierung die Lohnverhältnisse nach dem das obligatorische Einigungsverfahren einsprechende Gesetz ordnen.

Das Ende des Mähr.-Ostrauer Streiks.

Einverständnis der Arbeiterschaft.

Mähr.-Ostrau, 7. Dezember. Heute fand in Peterswalde eine Konferenz der Betriebsräte und der Betriebsausschüsse des Ostrau-Karwiner Reviers statt, in welcher über den Verlauf und das Ergebnis der gestrigen Prager Beratungen Bericht erstattet wurde. Nach den Ausführungen der Sekretäre Koukal und Brda sowie der Abgeordneten Brozik und Drazl und des Senators Jarolim wurde der Bericht der Vertreter der koalierten Verbände zur Kenntnis genommen, den Unterhändlern der Dank ausgesprochen und einmütig beschlossen, die Arbeit in den Kokereien Donnerstag, den 8. und in den Gruben Freitag, den 9. Dezember wieder aufzunehmen.

Hardings Botschaft an den Kongreß.

Amerika kann sich für die Wiederherstellung nicht aufopfern.

Washington, 7. Dezember. Präsident Harding hat eine Botschaft an den Kongreß erlassen, in der er die Hoffnung ausspricht, daß nunmehr eine Periode der Wiederherstellung und des lange dauernden Friedens einsetzen werde. Bei der Wiederherstellung könne Amerika mitwirken, aber vor allem müßten sich die vom Kriege schwer betroffenen Völker selbst helfen. Es würde auch der Wiederherstellung nicht förderlich sein, wenn die Vereinigten Staaten infolge der Hilfe in ähnliche Zustände gerieten, wie die unter den Kriegsfolgen leidenden Völker. „Es ist besser der Welt ein Beispiel eines gut balanzierten Budgets, einer strengen Sparsamkeit und energischer, erfolgreicher Arbeit zu geben." Der Präsident sagte unter anderem, daß die neue Regierung nach reiflicher Ueberlegung zu einem Aufschub der Kündigung der internationalen Handelsverträge rate. Ueber Rußland sagte Harding, daß Amerika die Sowjetregierung nicht anerkenne und empfahl dann, den Hilfsorganisationen 10 Millionen Bushel Getreide und 1 Million Bushel Saatkorn zu liefern. Zum Schlusse seiner Rede sagte Harding über die Abrüstungskonferenz: Die Augen der ganzen Welt seien auf Washington gerichtet und es sei wahrscheinlich, daß ein, die gesamte Menschheit höchst ermutigender Erfolg herbeigeführt werden würde.

Wie sie schüren . . .

Sonntag nachmittags fand in der Handels- und Gewerbekammer in Prag eine außerordentliche Tagung der nordböhmischen „Narodni Jednota" statt. Die Hauptheterede hielt Herr Sen. Hruby, eine der Stützen des tschechischen Staates, der sich aber nichtsdestoweniger in scharfen Worten gegen diesen Staat erging. Sein Staat duldet Deutsche in den Aemtern des „verdeutschen" Gebietes. Diese müssen hinaus und an ihre Stelle dürfen nur Tschechen treten. Ebenso sieht es in den Selbstverwaltungskörpern der deutschen „Kolonisationsgebiete" aus. Die Irredenta wächst der Republik über den Kopf. Ein furchtbarer Fehler ist es, zu glauben, die Deutschen durch Nachgiebigkeit zu gewinnen. Gerade im Gegenteil, sie werden Nachgiebigkeit für Schwäche halten. Systematisch werden die tschechischen Arbeiter aus den deutschen Fabriken gejagt, das tschechische Gewerbe wird boykottiert. Die Frage der tschechischen Minoritäten muß nationalwirtschaftlich und sozial gelöst werden: Die tschechischen Banken müssen die Gründung tschechischer Betriebe in jenen Gebieten fördern und bei der Ablösung deutscher Unternehmungen behilflich sein. Nach einer heißen Debatte ergaben sich auch zwei interessante Anträge: Die **tschechischen Minoritäten sollen sich nach Genf an den Völkerbund wenden, gleichgültig, ob es dem Staat angenehm ist oder nicht.** Alle politischen Parteien sollen aufgefordert werden, behilflich zu sein, einen zehn Minuten dauernden Streik als Protest gegen die Vernachlässigung der tschechischen Minoritäten zu arrangieren. Ueber diese zwei Anträge wurde zwar nicht weiter verhandelt. Aber im Feber des Jahres 1922 wird ein **Landtag der tschechischen Minoritäten nach Prag einberufen** werden und dann . . .

Die armen Tschechen! So geht es ihnen noch immer schlecht, obwohl sie ihren eigenen Staat haben? Es scheint beinahe, daß man bei der Gründung dieses Staates nur deshalb das deutsche „Kolonisationsgebiet" in diese Republik eingegliedert hat, damit die tschechischen Chauvinisten eine Existenzberechtigung nachweisen können. Denn sie existieren nur, wie aus obigen schmerzlichen Schreien ersichtlich ist, wenn der Wahn besteht, daß sie von den Deutschen irgendwo unterdrückt werden. Und es gibt zu ihrem Glück ein Gebiet ihres Staates, in dem fast ausschließlich Deutsche wohnen. Diese Deutschen sprechen nur deutsch. Daher sind sie Irredentisten. Ja, sie wagen es, in ihren Selbstverwaltungskörpern sich der deutschen Sprache der gegenseitigen Verständigung halber zu bedienen. Und man hat tschechische Arbeiter dorthin geschickt — und die Fabriken behalten dennoch die deutschen Arbeiter der eigenen Gegend weiter. Man nistet dort tschechische Gewerbetreibende ein — und die Deutschen kaufen bei den alteingesessenen deutschen Gewerbetreibenden weiter. Da gibt es kein anderes Mittel, als diese Deutschen von dort wegzubekommen, das Bankkapital anzurufen, die deutschen Kapitalisten mit Riesensummen abzufinden und tschechische Kapitalisten in die Unternehmungen einzusetzen — und das nennt man dann: sich sozial und nationalwirtschaftlich um die verdeutschen Gebiete bekümmern.

Aber wahrhaftig, am interessantesten — und interessant findet es auch die „Narodni Politika" — ist vor allem die allerdings noch nicht in die Tat umgesetzte Resolution: die tschechischen Minoritäten werden sich, um ihre Rechte geltend zu machen, an den Genfer Völkerbund. Man darf sich nicht durch die Lächerlichkeit täuschen lassen, die vielleicht darin liegt, daß man an eine Instanz appelliert, der man nicht nur seine Eigenstaatlichkeit, sondern auch die Anerkennung der Vergewaltigung des deutschen Volkes in der eigenen Republik verdankt. Die Wahrheit ist, daß diese Herren gar nicht daran denken, sich selbst wirklich so lächerlich zu machen. In dieser „nur angekündigten" Resolution scheint der Ernst einer Niedertracht zu liegen, die bewirken soll, damit eine eventuelle da oder dort angedeutete Annäherung an die Deutschen im

Keim erstickt wird. Aus dieser Anschauung macht auch der Herr Senator Hruby kein Hehl, da er die Tschechen zum Gegenteil der Nachgiebigkeit aufreizt. Auch die zweite Resolution entbehrt nicht des Interesses. Die politischen Parteien werden gehetzt, einen Streik zu arrangieren, damit der unaufmerksame Staat aufmerksam werde, wie es den Tschechen in seiner Republik geht. Wer ist dieser Staat, der gewarnt wird? Machen nicht die Parteiangehörigen des Herrn Senators Hruby zumindest einen Teil dieses Staates aus und sitzen sie nicht in seiner Regierung? Oder dämmert den Nationaldemokraten die Erkenntnis auf, daß sie selbst nicht mehr den Staat bilden, sondern daß es die anderen sind, die beginnen, einen Staat aufzurichten, der der Herrschaft der Chauvinisten ein Ende bereiten, aber den Völkern dieses Staates eine glückverheißende Daseinsmöglichkeit schaffen will?

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es wieder einmal zu sehr bewegten Szenen, als über die Verlängerung der Frist zur Organisierung der ordentlichen Gerichte in Preßburg und Kaschau verhandelt wurde. Vor den Ministerbänken hatten sich gegen hundert Abgeordnete angesammelt, unter denen die slowakischen Volksparteiler schon während des Berichtes, den Dr. Markovic erstattete, mit sehr kräftigen Zwischenrufen einsetzten. Die Gegenseite blieb ihnen nichts schuldig und lärmte ebenso ungeniert, als Dr. Gazik gegen die Versuche, die slowakische Nation zu tschechisieren, in heftiger Rede Protest erhob. Der Krawall steigerte sich bei der Rede des Justizministers zu einem solchen tönenden Durcheinander, daß die Worte Dr. Dolanskys zum größten Teil untergingen. Unbekümmert um das ununterbrochene Läuten des Präsidenten setzten sich Tschechen und Slowaken vor den Ministerbänken schreiend und brüllend auseinander — ein erhebendes Bild von der Einheit und Einigkeit der „tschechoslowakischen Nation". — Wir lassen im Nachstehenden den Bericht der Sitzung folgen, in der eine ganze Reihe von Gesetzen in erster oder in zweiter Lesung erledigt wurde.

*

Vizepräsident Dr. Gruban eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses, Chalupnik, referierte über den Senatsbeschluß betreffend den Regierungsentwurf jenes Gesetzes, das sich auf die Erlaubnis der

Enteignung einiger Grundstücke der Stadt Friedek

bezieht, und empfiehlt, den Senatsbeschluß anzunehmen. In der Debatte über diesen Punkt sprach als einziger Redner

Abgeordneter Jokl:

Mit der gegenwärtigen Vorlage wird von uns die Zustimmung zum Abverkaufe und zur Abgabe von Grundstücken der Gemeinde Friedek an Private verlangt. Nun sind wir Sozialdemokraten prinzipiell gegen jede Abgabe von öffentlichen Grundstücken der Gemeinden. Wir können nur dort eine Ausnahme zulassen, wo es sich um den Neubau von Wohnungen oder um Gebäude von öffentlichem Interesse handelt. Wir haben nicht die Möglichkeit uns zu überzeugen, ob das in diesem Falle auch zutrifft. Es ist eine Vertrauenssache, die von uns angefordert wird und da müssen wir uns die Frage vorlegen, ob die gegenwärtige Verwaltung der Stadt Friedek auch dieses Vertrauen von uns verdient. Die **Zustände in der Verwaltung der Stadt Friedek sind ein öffentlicher Skandal.** Der Gemeinderat der Stadt Friedek wurde im Oktober 1918 aufgelöst und durch eine Verwaltungskommission ersetzt. Nun würden wir schon prinzipiell, wenn auch keine anderen Bedenken vorhanden wären, diese Vorlage ablehnen, weil wir nur einer gewählten Vertretung das Recht von tief in die Vermögenslage einer Stadt eingreifenden Maßnahmen gewähren können. Friedek ist von allem Anfang an unbestrittenes Gebiet dieses Staates gewesen. Die Verhältnisse sind dort Jahrzehnte hindurch und auch in den Jahren des Bestandes unserer Republik vollständig normale. Warum werden also in dieser Stadt die Gemeindewahlen nicht durchgeführt? Das ist darauf zurückzuführen, daß dort eine **gewissenlose Clique ihre Herrschaft ausübt.** Wir haben seinerzeit eine umfangreiche Interpellation über die **Willkürherrschaft des Regierungskommissärs Tessar** eingebracht. In der Interpellationsbeantwortung des ehemaligen Ministerpräsidenten Cerny, die geradezu eine Verhöhnung des Interpellationsrechtes der Abgeordneten darstellt, wurde natürlich nicht das Ergebnis einer Untersuchung wiedergegeben, sondern die leeren Ausreden und Beschönigungen des Herrn Tessar wurden uns als Interpellationsbeantwortung unterbreitet. Es ist daher kein Wunder, wenn angesichts des Umstandes, daß dieses Treiben von der Regierung unterstützt wird, den Herren den Kamm schwillt und wenn zur Willkür die Korruption hinzukommt. In der jüngsten Zeit hat sich in Friedek ein beispielloser Fall von Korruption ereignet. (Redner meint und bespricht hier die von uns wiederholt behandelte letzte Affaire des Prokuristen Marek. D. Red.) Marek amtiert weiter als ökonomischer und Schulreferent der Stadt Friedek. Korruption ist es auch, wenn in der Vorlage von uns gefordert wird, die Zustimmung zur Abtrennung des Grundstückes an den Turnverein „Sokol" zu geben. Wir haben nichts dagegen, wenn die Gemeinde eine Turnhalle baut und allgemeinen Zwecken zur Verfügung stellt. Aber wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß nach einer Richtung hin aus Gemeindemitteln so große Geschenke gemacht werden. Wir dürfen uns nicht zu Mitschuldigen an der in Friedek herrschenden Korruption machen. Deswegen bitte ich Sie, die Vorlage abzulehnen, gegen die wir stimmen werden. Mit allem Nachdruck aber fordern wir von der Regierung, daß diesem unerhörten Skandal der Landesverwaltungskommission in Friedek ein Ende bereitet wird und daß die Gemeinderatswahlen für Friedek ausgeschrieben werden.

Die Abstimmung über diesen Punkt wurde wegen ungenügender Präsenz der Abgeordneten verschoben.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Verfassungs- und Rechtsausschusses über den Regierungsentwurf, durch welchen die Frist zur

Organisation ordentlicher Gerichte erster und zweiter Instanz für die Bezirke der Gerichtsinstanzen in Preßburg und Kaschau

verlängert wird und der sich auch auf die Petition der tschechoslowakischen Richter in Prag bezieht. Der Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Markovič erklärte, daß im Bezirke der beiden Tafeln, Preßburg und Kaschau der Termin für die Organisation der Gerichte erster und zweiter Instanz unbedingt verlängert werden muß.** Der Entwurf setzt die Dauer bis zum Ende des Jahres 1924 fest, weil in diesen beiden Bezirken wegen des Mangels an qualifizierten Richtern und mit Rücksicht darauf, daß auch ein richterlicher Nachwuchs nur im geringen Maße besteht, die Organisation nicht durchgeführt werden konnte. Der Mangel rührt daher, daß viele Richter des gewesenen Ungarn in der Slowakei entlassen werden mußten, da sie sprachlich für ihr Amt nicht befähigt waren. Die Regierung fordert deshalb, daß ihr die weitere Durchführung der Organisation der Gerichte in der Slowakei dadurch ermöglicht wird, daß sie Richter aus tschechischen Gebieten in die Slowakei und nach Karpathorußland versetzen kann. Gelegentlich der Verhandlung über diese Vorlage beschäftigte sich auch der verfassungsgerichtliche Ausschuß mit der Petition des Verbandes der tschechoslowakischen Richter, welcher der Meinung ist, daß die notwendige Zahl der Richter vor allem durch eine großzügige Regelung des Gehaltes erreicht werden könnte. Mit diesem Standpunkte stimmt der Ausschuß nicht überein, sondern empfiehlt, den Regierungsentwurf anzunehmen.

Abg. Dr. Gazik (Slowakische Volkspartei) beklagt sich über die Schwierigkeiten, welche den slowakischen Bewerbern um amtliche Stellen gemacht werden. Die tschechischen Richter in der Slowakei dienen nur dazu, um die slowakische Nation zu tschechisieren. Deshalb ist den Slowaken die Unversetzbarkeit der Richter nicht gleichgültig. Die gegenwärtigen Richter der Slowakei sperren die Slowaken wegen jeder Kleinigkeit ein und verfolgen sie. Deshalb duldet das slowakische Volk nicht, daß tschechische Richter in die Slowakei versetzt werden.

Abg. Krejči (Kommunist) stimmt nicht mit der Verlängerung des Termines der Organisation der Gerichte erster und zweiter Instanz überein, weil das Gerichtssystem, wie es die tschechoslowakische Regierung in der Slowakei eingeführt hat, gegen das arme Volk gerichtet ist. Die Gerichtsbarkeit in der Slowakei und in Karpathorußland muß von wahrhaften Volksrichtern ausgeübt werden.

Justizminister Dr. Dolansky

weist die Anschuldigungen Dr. Gazik's zurück. Die Regierung und die Justizverwaltung wünschen nichts anderes, als daß in der Slowakei so rasch wie möglich geordnete Verhältnisse eintreten. Es ist falsch anzunehmen, daß die Bewerbungen slowakischer Richter deshalb zurückgewiesen werden, weil sie das Vertrauen bei ihren tschechischen vorgesetzten Behörden verloren haben. Der Minister fordert diesbezüglich die Mitteilung konkreter Fälle. Was den Mangel oder den Ueberschuß an slowakischen Richtern betrifft, stellt der Minister fest, daß in der Slowakei mit zwei Dritteln, in einigen Bezirken nur mit der Hälfte der Richter arbeiten. Jeder Richter, der sich in die Slowakei meldet und nur ein wenig slowakisch versteht, wird angenommen. Zahlreiche Beweise bestätigen es auch, daß in der Slowakei gerade an führenden Stellen bei den Gerichten Slowaken sind. Jeder Slowak, der sich meldet, wird angenommen. Aber es geschieht oft, daß manche Leute mit Empfehlungen auftreten, die nicht einmal Slowaken sind. Der Minister macht weiter darauf aufmerksam, daß auch magyarische Richter in der Slowakei angestellt sind. Was die Vorwürfe betrifft, daß die Slowaken eingekerkert sind, konstatiert der Minister, daß diese Angelegenheit Sache des Gerichtes ist und daß der Justizminister nicht in sie eingreifen darf. Wenn vom Standpunkte der Sparsamkeit gegen die Entsendung tschechischer Richter in die Slowakei gesprochen wurde, so ist das unrichtig. Denn dies bedeutet keine Sparsamkeit, sondern die Notwendigkeit, daß man sich um die Justiz in der Slowakei kümmert.

Der große Lärm, der sich schon während der Rede des Justizministers bei den slowakischen Volksparteilern bemerkbar machte, steigerte sich, als der Berichterstatter Dr. Markovič das Wort ergriff: Die slowakischen Richter können nicht ohne Hilfe der tschechischen Richter die Justiz in der Slowakei durchführen. In der Slowakei gibt es bis jetzt nur Richter, welche Hlinka und Tomanek in den Kerker geschickt haben. Tausende von Prozessen können infolge des Richtermangels nicht zu Ende geführt werden. Gerade die tschechischen Richter werden die slowakischen Interessen viel eher wahren, denn keinem tschechischen Richter wird es einfallen, daß er slowakische Parteien oder deren Vertreter auffordert, deutsch oder magyarisch zu sprechen, wie es vonseiten eines sogenannten slowakischen Richters in Preßburg geschehen ist. Ferner sind die Entscheidungen der tschechischen Richter in der Slowakei bei weitem verständiger, als die der erwähnten slowakischen Richter. Schließlich war es ein tschechischer Senat, der in Preßburg erklärt hat, daß der § 102 nicht auf die Empörung eines Slowaken gegen die Tschechen bezogen werden könne, da ja beide einer Nation angehören. Demgegenüber hat die Preßburger Tafel kraft der Erklärung eines sogenannten slowakischen Richters diese Entscheidung aufgehoben, da er die Tschechen und Slowaken als zwei verschiedene Nationen bezeichnet hat. Das slowakische Volk wird glücklich sein, daß das Richterpersonal möglichst erweitert wird und daß sich genügend tschechische Richter und Beamte finden, welche unter diesen Verhältnissen in die Slowakei gehen.

Die Vorlage wurde dann in erster Lesung angenommen. Darauf erfolgte die Abstimmung über den Bericht des Verfassungs- und Rechtsausschusses betreffend den Senatsbeschluß über den Regierungsentwurf des Gesetzes, das sich auf die Bewilligung der Enteignung einiger Grundstücke der Stadt Friedek bezieht und auch dieser Bericht wurde in erster Lesung angenommen.

Darauf berichtet der Abgeordnete Ullrich für den Verfassungs- und Rechtsausschuß über den Regierungsentwurf des Gesetzes, durch welchen die Dauer zur Durchführung gewisser Veränderungen in einigen Bestimmungen der bisherigen Gemeindeordnungen bis zum Ende des Jahres 1922 verlängert wird. Der Berichterstatter führt aus, daß der § 20 dieses Gesetzes bestimmt, daß einzelne Durchführungen der Gemeindeverwaltung auf den Staat oder irgend welche seiner höheren autonomen Korporationen übergehen sollen, wobei an die Gaue gedacht wurde. Die Dauer, innerhalb deren diese Verordnung durchgeführt hätte werden sollen, war bis zum Ende dieses Jahres verlängert worden. Aber da bis jetzt noch prinzipielle Fragen, z. B. über die Gauverordnung nicht erledigt sind, und da auch bezüglich des finanziellen Standes noch nicht alles im Klaren ist, bleibt nichts anderes übrig, als die im § 21 angeführte Dauer von neuem zu verlängern. Gegenüber der Regierungsvorlage, die eine Verlängerung bis zum 31. Dezember 1923 geplant hat, hat sich der Verfassungs- und Rechtsausschuß dafür entschieden, eine Verlängerung bis zum Jahre 1922 vorzuschlagen.

Die Abstimmung über die Vorlage wurde verschoben.

Ein weiterer Verhandlungsgegenstand ist der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über den Regierungsentwurf des Gesetzes, durch welchen die Gültigkeit des Gesetzes vom 30. Juni 1921, Zahl 248 der Gesetzessammlung und die Verordnung über die weitere vorläufige Erhöhung der Versorgungsgenüsse der Bergarbeiter verlängert wird. Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Abgeordneter Johannis führt aus, daß die Gültigkeit des Gesetzes nur auf ein Jahr deshalb beschränkt war, weil man vorausgesetzt hat, daß bis zum Ende des Jahres 1921 die Versorgungsgenüsse der Bergarbeiter bereits in einem neuen Gesetz fixiert sein werden oder daß in dieser Zeit wenigstens teilweise eine Verbilligung der Verhältnisse sich vollziehen wird. Da sich diese Voraussetzungen nicht erfüllt haben, war das Ministerium für öffentliche Arbeiten genötigt, die Vorlage betreffend die Verlängerung des genannten Gesetzes vorzulegen. Der sozialpolitische Ausschuß empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Zu diesem Punkte sprach Abgeordneter Borovszky (Kommunist).

Darauf verhandelte das Abgeordnetenhaus über den Bericht des Gewerbeausschusses und des Ausschusses für Aeußeres über den Regierungsentwurf, in welchem der Handelsvertrag vorgelegt wird, welcher zwischen der Tschechoslowakei und dem Königreiche Rumänien am 23. April 1922 abgeschlossen wurde.

Schauderhaftes aus einem karpathorussischen Militärlager.

Die Zustände beim 12. leichten Artillerieregiment in Ungvar.

Die Soldaten, die gezwungen sind, ihrer Dienstpflicht im fernen Osten der Republik, in „Podkarpatska Rus" nachzukommen, müssen dort zum großen Teile unter Verhältnissen dienen, daß sie sich eher als deportierte Verbrecher fühlen, denn als Schützer des Staates. Ein Musterbeispiel ist das Barackenlager des leichten Artillerieregiments 12 (lechky deloštr. pl. r.) in Ungvar. Die Zustände, die in diesem Barackenlager herrschen, sind der Gegenstand folgender Interpellation, die von unseren Abgeordneten Hackenberg, Jokl und Häusler an den Nationalverteidigungsminister gerichtet wurde.

„Das Barackenlager in Ungvar ist an der Stelle eines während des Krieges bestandenen alten Infektionslagers, aus Resten der alten Baracken, in denen Typhus-, Cholera- und Flecktieberkranke lagen, erbaut worden. Hinter den Mannschaftsbaracken ist der Friedhof, in dem viele Tausende in Massengräbern liegen. Die Gräben, die dort vorbeiführen, sind ganz von Ratten durchwühlt. Im Lager ist kein Wasser. Der Brunnen mußte zugeschüttet werden, da er infiziert war. Es gibt keine Waschgelegenheit. Die Mannschaft wäscht sich in ihren Eßschalen, wozu das Wasser fünfzehn Minuten weit vom Bahnhofe her geholt wird. Die Kanalisation mangelt vollständig. Der Lehmboden hat sich bei der jetzigen schlechten Witterung in einen undurchdringlichen Morast verwandelt. Dabei hat der größte Teil der Mannschaft zerrissene Schuhe, da der einzige Schuster kein Werkzeug und keinen Ort zum Arbeiten hat. Während der Mobilisierung mußten sich die 500 Mann, die bei der Ersatzbatterie waren, im Regen mit ihren zerrissenen Schuhen bei der Küche anstellen. Im ganzen Lager gibt es keinen Mannschaftsabort, nur offene Gruben, deren Benützung im Regen und bei Nacht unmöglich ist. Man kann sich vorstellen, daß da jeder, der seine Notdurft in der Nacht befriedigen muß, dazu den erstbesten Ort wählt. Die Baracken, in die es zum großen Teil hineinregnet, sind feucht und ganz ungenügend heizbar. Die Kälte ist durch die dünnen, nur mit Dachpappe bekleideten Deckenwände wenig abgehalten; sie sind daher für den dort sehr strengen Winter ganz unzureichend. Bei dem natürlich sehr starken Marodenstand fehlt es an Marodenzimmern. Als man in den Waschbaracken ein solches einrichten wollte, erwies sich der zur Verfügung gestellte Raum als total verlaust. **So müssen die Kranken in denselben Räumen, in denen sechzig und mehr Leute schlafen, liegen,** in denen bei schlechtem Wetter, das jetzt die Regel ist, stutzenexerziert wird. Sogar das Zimmer, in dem der Arzt die Maroden untersucht, ist so klein, daß er die Kranken nicht liegend untersuchen kann.

Der Chefarzt faßt vierteljährlich 80 Kronen für Medikamente und 8 Verbände. Die Sanitätsoffiziere, sogar die Unteroffiziere, kaufen aus eigenen Mitteln Medikamente, um den notwendigsten Anforderungen genügen zu können. Instrumente zum Untersuchen sind auch nicht beigestellt. Oft wurden noch Fieberkranke vom Spital zurückgeschickt und mußten, wie alle Maroden, unter der Mannschaft liegen. Innerhalb der letzten Wochen zählte man elf Typhusfälle, davon zwei tötlich. Es ist nur dem Zufalle zu verdanken, daß während der Mobilisierung keine Flecktyphusepidemie ausgebrochen ist, da viele Reservisten ganz verlaust eingerückt sind und keine Einrichtung zum Desinfizieren der Wäsche besteht.

Aus den angeführten Gründen muß das Lager als gänzlich unbewohnbar gelten und wäre ein Verbleib der Mannschaft darin über den Winter direkt ein Verbrechen, abgesehen von den Werten, die dadurch verloren gehen, da der größte Teil des Materials ungeschützt dem Wetter preisgegeben ist. Ganz unverständlich ist, daß, obwohl das Lager schon nahezu ein Jahr besteht, und während dieser Zeit schon mehrere Inspizierungen stattgefunden haben, noch immer keine Abhilfe geschaffen wird.

Die Interpellanten fragen den Minister, ob er geneigt ist, sofort anzuordnen, daß das Lager in Ungvar sofort aufgelassen und die Mannschaft menschenwürdig, wenigstens den bescheidensten Bedürfnissen entsprechend, untergebracht wird.

Abgeordneter Slavíček verweist als Berichterstatter des Gewerbeausschusses auf die große Bedeutung des Handelsvertrages. Auf Grund dieses Vertrages können wir den Ueberschuß unserer industriellen Produkte Rumänien liefern und Rumänien kann uns dafür den Ueberschuß seiner Bodenprodukte zur Verfügung stellen. Der Redner fordert die Regierung auf, nun auch zu einer wirtschaftlichen und Handelsverbindung mit dem großen russischen Volke zu schreiten.

Ebenso empfiehlt der Berichterstatter des Ausschusses für Aeußeres, Abgeordnete Hruschowska, die Annahme dieses Vertrages.

Der Ratifikationsbeschluß wurde darauf in erster Lesung angenommen. Ebenso wurden die übrigen oben erwähnten Gesetzesvorlagen in erster Lesung angenommen. In zweiter Lesung wurde die Regierungsvorlage betreffend die Feuerbestattung, die Vorlage des Gesetzes betreffend die Einrichtung und Errichtung von Hochschulen und die Regierungsvorlage über die Durchführung der Zwangsliquidatur für die Verteilung der vom Staate angekauften Baumwolle und des Baumwollgarnes angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 9. d. M. um 13 Uhr statt.

* * *

Sitzung des Aeußeren Ausschusses.

Der Ausschuß für Aeußeres hielt gestern unter dem Vorsitze des Abg. **Remec** in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. **Benesch** eine Sitzung ab. Der Ministerpräsident hielt eine längere Rede über den tschechisch-polnischen Vertrag, von dem er behauptete, daß seine Anfänge bis in den Beginn des Krieges zurückreichen. Die Bestrebungen auf die Schaffung eines Uebereinkommens zwischen Polen und der Tschechoslowakei seien dann nach dem Umsturz fortgesetzt worden. Der Streit um Teschen habe diese Bestrebungen eine Zeit lang gestört, doch sei auch zu dieser Zeit die Linie des einvernehmlichen Vorgehens niemals unterbrochen worden. Nach Abschluß des Teschener Streites wurden die Verhandlungen mit dem Fürsten Sapieha in Paris wieder aufgenommen, die, als der gegenwärtige polnische Gesandte Nitze nach Prag kam, immer greifbarere Formen annahmen, bis sie gelegentlich des Besuches Skirmunts in Prag zum Abschlusse kamen. Der Vertrag legt den Grundsatz fest, daß alle Konflikte, sie mögen was immer betreffen, die zwischen den beiden Staaten ausbrechen, ihre Austragung durch Arbitrage erfahren sollen, sodaß es zwischen uns und Polen niemals zu einem kriegerischen Konflikt kommen darf. Weiter habe nach dem Vertrag, wenn ein Staat angefallen werde, der andere den Standpunkt der Neutralität zu wahren. Es sei lächerlich zu behaupten, daß dieser Vertrag unter dem Drucke jemandes anderen zustande kam. Beide Staaten verpflichten sich auch, keinen Vertrag einzugehen, welcher den Richtlinien dieses Uebereinkommens, das auf fünf Jahre abgeschlossen wurde, zuwiderläuft. Der Ministerpräsident erklärte, daß jene Texte, welche in den Zeitungen veröffentlicht wurden, dem wirklichen Text nicht entsprechen und auch nicht vollständig sind.

Dem Wunsche des Ministerpräsidenten entsprechend wurde über seinen Bericht keine Debatte eröffnet, sondern dieselbe wird erst später stattfinden.

Hierauf wurde eine Reihe von Anfragen an den Minister des Aeußeren gestellt. Abg. Prof. Dr. **Kaisla** verlangte Aufklärung darüber, wie sich die Erklärung des Ministers betreffend die Gerüchte über den Standpunkt der tschechoslowakischen Republik in der oberschlesischen Frage zu der Erklärung des Ministers Skirmunt verhalte, in der dieser ausdrücklich feststellte, daß Polen der tschechoslowakischen Republik für ihren Standpunkt in der oberschlesischen Frage verpflichtet sei. Weiter verlangte Redner Aufklärung darüber, ob unsere Republik in irgend einer offiziellen oder inoffiziellen Form auf die französische Regierung in der Frage der Landabrüstung dahin Einfluß nehme, damit diese auch im Namen der tschechoslowakischen Republik eine negative Haltung einnehme nach der Seite hin, daß von einer Abrüstung zu Lande keine Rede sein könne. Weiter fragte er, ob die abgeschlossenen Verträge und Militärkonventionen irgend ein Hindernis oder eine Verschleppung für die Einführung des Milizsystems bedeuten könnte, resp. ob wir irgendwelche Verbindlichkeiten für unsere Wehrmacht übernehmen. Zuletzt verlangte er Aufklärung darüber, auf Grund welcher Weisungen unsere Legation mit der französischen Regierung über die Desequestration verhandelte, ob ähnliche Verhandlungen auch mit anderen Staaten im Gange sind und wünschte, es mögen unseren Delegierten derartige Weisungen gegeben werden, damit die Desequestrations-Vereinbarungen nicht mit schweren Nachteilen für uns verbunden wären.

Hierauf stellten noch Anfragen: **Hruschovský, Koudelka** (tschech. Soz.-Dem.), der lebhaft Beschwerde führte über die Behandlung der aus Rußland zurückgekehrten tschechoslowakischen Heimkehrer und Flüchtlinge. Er schilderte die schauderhaften Zustände, die in der Quarantänestation in Pardubitz herrschen, von wo die Leute vollständig mittellos und beinahe nackt auf die Straße geworfen werden. So wurden z. B. Frauen, die sich mangels jeglichen Lebensunterhaltes der Prostitution ergeben mußten, nach einigen Tagen wieder mit venerischen Krankheiten behaftete dem Pardubitzer Spital überstellt. Der Redner fragt weiter an, ob und wie die tschechoslowakische Republik an der an Karl Habsburg auszuzahlenden Apanage beteiligt ist.

Kramarsch erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die tschechoslowakische Republik auf keinen Fall abrüsten könne, von der Einführung des Milizsystems könne keine Rede sein, da nur eine starke Armee die Stütze der Republik sein könne.

Kreibich führt Klage darüber, daß das Asylrecht zu weit ausgedehnt werde. So würden aus ganz Europa, ja sogar aus Asien Soldaten der Wrangelarmee zusammengesucht, in die Tschechoslowakei gebracht und hier gefüttert. Die Debatte wurde hierauf abgebrochen.

Dann beantwortete Minister des Aeußern Dr. **Benesch** einzelne Anfragen.

Sitzung des Budgetausschusses.

Am 6. Dezember.

Ueber die Steuerzuschläge zu den Kriegszuschlägen bei direkten Steuern berichtete Abg. Remes, der diesen Antrag nicht mehr zeitgemäß nennt und seine Absetzungen von der Tagesordnung verlangt. Windirsch spricht ebenfalls für die Absetzung des Antrages, da nach seiner Meinung die Umlagenleistung der Raiffeisenkassen z. B. auf das Fünffache erhöht würde. Genosse **Taub** wendet sich gegen die Ausführungen der Vorredner. Er gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß man diesen noch immer sehr zeitgemäßen Antrag als gegenstandslos erklärt und dies durch den Antragsteller selber. Die Verhältnisse hätten sich keineswegs so grundlegend geändert, die Sanierung der Gemeinden sei durchaus nicht hinreichend. Ein Gesetz, wie es in diesem Antrag vorliegt, wäre notwendig. In diesem Gesetz ist der Grundsatz vertreten, daß die autonomen Körperschaften berechtigt sein sollen, zu den Kriegszuschlägen Steuerzuschläge einzuheben. Es ist unbedingt notwendig, die Sanierung der Gemeinden herbeizuführen, denn ohne sie gäbe es keine Sanierung der Staatsfinanzen. Er beantragt, diesen Antrag zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Remes beharrt auf seinem Antrag, der angenommen wird.

Abg. Chalupa berichtet über Petitionen, unter anderem über das Verlangen, die Regelung der Bezüge der Militärgagisten herbeizuführen. Der Gegenstand wird dem Wehrausschuß und dem soz.-pol. Ausschusse zugewiesen. Ferner berichtet Chalupa über das Ansuchen betreffend eine Reform der Hauszins- und Klassensteuer. Er nennt sie augenblicklich nicht ratsam und empfiehlt, das Finanzministerium zu beauftragen, sich einstweilen mit den Vorarbeiten dazu zu beschäftigen. Gen. **Hackenberg** nennt Hauszinssteuer und Klassensteuer eine ungerechte Steuer, deren Reform dringend notwendig ist. Von der Klassensteuer sind ja verhältnismäßig nur wenige Kleinbauern über die Gebühr belastet, hingegen sei die Hauszinssteuer, die von den Hauswirten auf die Mieter überwälzt wird und meist die Hälfte des Zinses ausmacht, eine ungeheure Belastung der besitzlosen Bevölkerung. Im alten Oesterreich nannte man diese „Steuer für Luft" unmoralisch. Diese Steuer sei auch noch dadurch eine Ungerechtigkeit den Armen gegenüber, weil erfahrungsgemäß die kleineren Wohnungen einen höheren Zins haben als die großen. Wir verlangen, daß unverzüglich an eine Reform der Hauszinssteuer geschritten wird.

Unter anderem berichtete dann Binovec über das Ansuchen, die Schätzungskommissionen neu einzusetzen. Er gibt dem Finanzministerium Frist bis zum Jahresende 1923, einen Resolutionsantrag zu stellen. Gen **Taub** wendet sich dagegen. Er spricht von der Notwendigkeit der Einsetzung der Schätzungskommissionen und weist auf die vielen Unzukömmlichkeiten hin, die zu verzeichnen sind aus der Tatsache, daß die heute noch funktionierenden Schätzungskommissionen nur aus Vertretern der Kapitalistenkreise zusammengesetzt sind. Es muß unser Bestreben sein, die kleineren Steuerzahler vor übermäßiger Belastung zu schützen und wir beantragen daher, daß noch im Laufe des Jahres 1922 die Schätzungskommissionen eingesetzt werden. Dieser Antrag, den auch Slavicek übernimmt, wird genehmigt.

Aus dem landwirtschaftlichen Ausschuß.

In der vorgestrigen Sitzung kam der Antrag der Abg. Nejezchleba, Moucha und Genossen betreffend der Neuregelung der Pachtverhältnisse größerer Gemeindegründe zur Verhandlung. Der von tschechisch-nationalistischen Motiven geleitete Antrag erstrebt die Zerlegung der größeren Gemeindegründe zugunsten von Kleinpächtern und Kleinhäuslern. Der Antrag gab sowohl den tschechischen als auch deutschen Sozialdemokraten Anlaß zur Kritik an den diversen Bodenreformgesetzen. Die Genossen Hackenberg, Schweichhart und Leibl begrüßten den oben erwähnten Antrag aus dem Grunde, weil tatsächlich noch aus früheren Jahren her Pachtverträge bestehen, welche für die Großpächter und Großbauern günstig, für die Gemeinden jedoch ungünstig sind, lehnten aber die Zustimmung, daß mittels einer Verordnung die Frage geregelt wird, ab. Dies könne nur im Wege des Gesetzes geschehen. Unsere Genossen lehnten weiter die schablonenhafte Aufteilung der großen Gemeindegründe ab und wandten sich gleich dem tschechischen Genossen Koudelka gegen die Bedrückung der Kleinpächter durch riesenhaft gesteigerte Pachtzinse. Zum Schlusse wurde der Antrag der Abgeordneten Nejezchleba, Moucha dem neugewählten Subkomite für Pachtverträge zur Umarbeitung zugewiesen. In das Komite wurde auch Genosse Schweichhart gewählt. Angenommen wurde ferner der Antrag Koudelka, die Klagen gegen die Kurzpächter auf Erhöhung der Pachtzinse einstellen zu lassen, ebenso der Antrag Maschata, daß jenen langfristigen Pächtern, welchen der Grund und Boden zwar zugesprochen wurde, ohne daß die Uebertragung formell durchgeführt worden ist, der bisherige Pacht nicht erhöht werden darf. Diese Anträge haben allerdings nur einen demonstrativen Charakter, eine Aenderung der unleidlichen Verhältnisse kann nur eine Novellierung der betreffenden Gesetze herbeiführen. Kennzeichnend ist, daß die Abgeordneten des Bundes der Landwirte im Verein mit dem Vertreter der tschechischen Großpächter Abg. Bergmann für eine Verschleppung des Antrages Koudelka stimmten. Abg. Zierhut wandte sich gegen gesetzliche Eingriffe in das Vertragsverhältnis, falls es sich im Laufe der Zeit zugunsten des andern Vertragsteiles (der Großagrarier) änderte.

Die Ersparungskommission

faßte in ihrer vorgestrigen Sitzung Beschluß über die vom Subkomite vorgelegte Geschäftsordnung. Dazu beantragten die Genossen Dr. Heller und Taub Abänderungen dahin, daß für jede Sitzung der staatlichen Verwaltung zwei Berichterstatter, und zwar je einer von der Majorität und von der Opposition gestellt wird. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Weiter beantragten die Genossen Dr. Heller und Taub, daß die Kommission selbst zu entscheiden hat, ob in gewissen Fällen ihre Mitglieder zur Verschwiegenheit über das Gehörte verpflichtet sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und der Antrag der Mehrheit angenommen, daß die Mitglieder der zu bestellenden Komitees, welche aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Generalberichterstatter und dem Berichterstatter bestehen, darüber entscheiden, ob sie Verschwiegenheit zu beobachten haben. Auf diese Weise werden nicht einmal die Mitglieder der Kommission selbst über die wichtigsten Dinge Kenntnis erhalten und es wird der Zweck des Gesetzes, welcher doch dahin geht, Ersparnisse zu erzielen, in zahlreichen und wichtigen Fällen unmöglich gemacht. Weiter beantragten die Genossen Dr. Heller und Taub, daß den nichttschechischen Mitgliedern der Kommission ermögliche werde, die Berichte auch in ihrer Muttersprache zu erstatten. Nachdem auch dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt ward, erklärten die Genossen, daß sie Referate nicht übernehmen.

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses

am Dienstag erstattete Abg. Johanis Bericht über die Regierungsvorlage wegen Einführung einer achtprozentigen Umlage auf die Erwerbsteuer zum Zwecke der Sanierung der Krankenhäuser und Errichtung von Heilanstalten. Die Vorlage war schon einmal vom Gesundheitsausschusse angenommen worden; der Budgetausschuß hat sie aber insoferne abgeändert, als die Umlage nicht schon für 1921, sondern erst ab 1922 vorgeschrieben wird und die Gültigkeitsdauer des Gesetzes mit 31. Dezember 1923 befristet. Der Berichterstatter empfiehlt Annahme der Vorlage in der vorliegenden Form; Genosse Dr. Hollitscher erklärt, daß die deutsche sozialdemokratische Partei zwar die Verschlechterung der Vorlage lebhaft bedauert, weil die höchst prekäre Lage der Krankenhäuser schleunigste Hilfe erfordert hätte, daß sie es aber unterläßt, einen Abänderungsantrag zu stellen, um nicht eine neuerliche Verschleppung der Vorlage zu verschulden. Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war die Regierungsvorlage über die Beteiligung der Tschechoslowakischen Republik am Internationalen Gesundheitsamte zu Paris, das gemeinsame Maßnahmen gegen Seuchen und dergleichen bezweckt. Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Zum Schlusse der Sitzung legte Genosse Taub die Stelle des Vorsitzenden im Gesundheitsausschusse nieder.

Aus dem Rechts- und Verfassungsausschuß.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Dienstag stand der Senatsbeschluß über ein Gesetz, durch welches die Verpflichtung zur Zurückgabe von beweglichen Sachen an

Ulster und das irische Abkommen.

London, 7. Dezmber. (Laurenziberg.) Das nordirische Kabinett beriet heute 2 Stunden lang über die Bedingungen des irischen Uebereinkommens und soll heute zu einer neuerlichen Beratung zusammentreten. Der Umstand, daß der Ausgleich nicht sofort abgelehnt wurde, wird als ein hoffnungsvolles Anzeichen betrachtet. Die Berichterstatter der Blätter meinen zwar, daß Ulster die Bedingungen als unannehmbar erklären werde, konstatieren jedoch, daß es dieselben weniger ungünstig als den ersten Vorschlag ansehe. Uebrigens bedürfen die Bedingungen nicht der Zustimmung Ulsters. Es kann in das neue Dominion eintreten oder außerhalb desselben bleiben. Wählt es das Letztere, so bleibt die verfassungsmäßige Stellung aufrecht, welche durch das Gesetz von Jahre 1920 bestimmtp wird.

Die englische Oeffentlichkeit für das Abkommen mit Irland.

London, 6. Dezember. (Tsch. P. B.) Das Kabinett trat heute vormittags zusammen und billigte einstimmig den Entwurf des Uebereinkommens, das mit den Sinnfeinern abgeschlossen wurde. Er beglückwünschte Lloyd George und die Mitglieder der Delegation für die irischen Verhandlungen zum Erfolge ihrer Anstrengungen. Die Blätter weisen darauf hin, daß die Annahme der Bedingungen durch Ulster notwendig sei, um die Lösung der irischen Frage vollständig zu machen.

Die Frage des Moratoriums an Deutschland.

Verlangen Deutschlands um ein Moratorium.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat"). Amtlich wird heute erklärt, daß von der deutschen Regierung an einer für die Reparationen kompetenten Stelle offiziell Schritte zur Erlangung einer Stundung unternommen worden sind.

Gerüchte über ein Moratorium an Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat".) Nach Londoner Berichten soll das **Steigen der Mark** am Schluß der gestrigen Börse auf ein angeblich **dreijähriges Moratorium** Deutschlands zurückzuführen sein. Ein Berliner Gerücht dagegen besagt, daß nach einem englischen Anerbieten Deutschland sieben Millionen Pfund kurzfristige Darlehen unter schwersten Bedingungen erhalten könne.

Deutschland sucht Kredite in England.

Berlin, 7. Dezember. (Tsch. P. B.) Der „Lokalanzeiger" und das „Berliner Tageblatt" berichten ergänzend zu der gestrigen Nachricht, daß die Reichsregierung sich an eine führende englische Bank um einen Kredit von 25 Millionen Pfund gewandt habe, und daß diese Anfrage an den Präsidenten der Bank von England gerichtet worden sei. Das Schreiben sei am Freitag vorige Woche abgesandt worden. Die Antwort darauf könne nicht vor Ende dieser oder Anfang nächster Woche in Berlin erwartet werden.

Anschlag auf den Achtstundentag in Südslawien.

Belgrad, 6. Dezember. (Korb. Laibach). Der gesetzgebende Ausschuß überprüfte die Regierungsverordnung über die Arbeitszeit. Zur Verhandlung steht der Antrag der **Regierungspartei** über die Revision des Achtstundentages. Dem neuen Antrage zufolge soll der Achtstundentag **in der Industrie beibehalten** werden, kann jedoch durch Geheimabstimmung der Arbeiterschaft **um 1 Stunde verlängert werden,** doch muß diese **besonders honoriert** werden. Die **Kleinbetriebe** sollen in drei Kategorien **mit 8-, 9- und 10-stündiger Arbeitszeit** eingeteilt werden, welche von der Regierung nach Einvernahme der Handels- und Arbeitskammer geregelt werden. Vertragsmäßig kann die Arbeitszeit in Kleinbetrieben bis 10 Stunden verlängert werden. Das Subkomitee hat heute eine definitive Formulierung des neuen Textes vorgenommen, der Antrag wird in der nächsten Sitzung des Plenums des gesetzgebenden Ausschusses angenommen werden.

Zur politischen Reaktion in Südslawien tritt nun auch die soziale, indem die wichtigste gewerkschaftliche Errungenschaft der Nachkriegszeit, der Achtstundentag, beseitigt wird. Es ist dies ein Symptom der Schwäche der Arbeiterbewegung in Südslawien, woran die Reformisten, die lange Zeit einen Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien geschlossen hatten, ebenso schuld sind, wie die Kommunisten, die die südslawische Arbeiterschaft zerschlagen haben. (D. Red.).

Die Ministerkrise in Südslawien.

Belgrad, 6. Dezember. (S. K. B.) Die **Ministerkrise ist stationär.** Die **Klerikalen** stellen als Bedingung für eine neue Regierungskoalition die **Revision der Verfassung.** Pasic lehnt eine solche Forderung ab. Die bisherigen Verhandlungen Pasics mit den Parteiführern haben keinen anderen Ausweg ergeben, als die **Aufrechterhaltung der alten Koalition.**

fremde Staaten geregelt werden soll. Dieser Senatsbeschluß fand bereits in einer früheren Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses gegen die Stimmen der deutschen Parteien die Genehmigung. Die Beratung wurde gestern lediglich aus dem Grunde fortgesetzt, weil sich der Referent erst über einen Resolutionsantrag unserer Genossen äußern wollte. Bei der Besprechung dieses Resolutionsantrages, in welchem die Regierung aufgefordert wird, in jenen Fällen, in welchen sie nach dem internationalen Vertrage zur Rückgabe von beweglichen Sachen an fremde Staaten verpflichtet ist, dahin zu wirken, daß sich die anspruchsberechtigten Staaten mit der Ersatzleistung in Gold begnügen, kam der Referent auch auf die Bestimmung des § 1 zu sprechen. Genosse Dr. Haas wies darauf hin, daß die Fassung des § 1 und infolgedessen das ganze Gesetz den fundamentalen Grundsätzen der Gesetzgebung widerspricht, daß den Staatsbürgern nur jene Verpflichtung obliegt, welche im Gesetzblatt ordnungsgemäß kundgemacht wurde. Nun findet sich jedoch im Gesetzblatte keine Bestimmung, nach welcher die Tschechoslowakische Republik verpflichtet wäre, an einen fremden Staat irgendwelche Sachen zurückzuerstatten. Es kann sich daher aus der Gesetzsammlung niemand darüber informieren, um welche Sachen es sich eigentlich handelt. Bemerkt sei noch, daß überhaupt in keinem Friedensvertrage, und zwar auch nicht in den noch nicht veröffentlichten, die Tschechoslowakische Republik eine derartige Verpflichtung trifft. Diese Verpflichtung ist vielmehr im Vertrage von Versailles dem Deutschen Reiche auferlegt. Dr. Meißner (tsch. Soz.) erklärte nach der sehr schwachen Replik des Vertreters des Ministeriums des Aeußern, daß die vom Dr. Haas vorgebrachten Einwendungen durch die Ausführungen des Vertreters des Ministeriums nicht entkräftet erscheinen und beantragte daher die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Handels- und Gewerbeausschuß.

In der Sitzung am Dienstag beantragte der Berichterstatter Herschl die Annahme der Vorlage betreffend die Rückgabe der Maschinen an Frankreich. Genosse Palme verwies darauf, daß die sofortige Rückgabe eine bedeute Vergrößerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen müsse. Wir verurteilen den Raub auf das Schärfste, sind aber dafür, daß man ihn in einer anderen Form gutmache. Die Rückgabe soll nicht in Natura erfolgen, sondern es soll die Entschädigungsfrage erörtert werden. Eine rechtliche Wegnahme der Maschinen kann nicht erfolgen, weil hiezu die gesetzliche Grundlage fehlt. Genosse Palme brachte die Resolution ein, die von unseren Genossen im Verfassungsausschusse eingebracht wurde. Abg. Slavicek betonte, daß die Vorlage, die im Senat durchberaten wurde, dem Friedensvertrag nach angenommen werden muß. Er führt aus, daß die Regierung noch nicht das letzte Wort gesprochen hat und hofft, daß die Regierung auf diplomatischem Wege die Sache in friedlicher Weise regeln werde. Der Handelsminister meint, daß es ohne diplomatische Verhandlungen abgehen und daß es vielleicht möglich sein wird, auf privatem Wege mit den Interessenten zu verhandeln. Der Antrag wurde angenommen. Abg. Mlcoch befürwortet die Resolution. Die von ihm eingebrachte Resolution deckt sich mit der des Genossen Palme. Die Abg. Slavicek, Gerschl und Nevolicky unterzeichneten die Resolution Palme, die einstimmig angenommen wurde. Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Gerschl.

Der internationale Vertrag betreffend die Aufsicht über den Verkauf von Waffen und Munition wurde ohne Debatte, der Bericht über die Lissaboner internationale Handelskonferenz zur Kenntnis genommen.

Ein Vertrauensvotum des Senats an Briand.

In der Dienstagsitzung des französischen Senats versuchten mehrere Gegner Briands, namentlich die Senatoren Branguier und De Marciel, dem Ministerpräsidenten aus seiner Washingtoner Rede einen Strick zu drehen. In gemachter oder wirklicher Angsthysterie ihm noch weit überlegen, verwiesen sie auf die sieben Millionen Soldaten und die Munitionswerkstätten, die Deutschland angeblich in jedem Augenblick zur Verfügung ständen, verwiesen auf den offenkundig jenseits des Rheins bestehenden Revanchegeist und forderten, ohne Genaueres zu sagen, schärfste Maßregeln, weil sie an den von Briand gegebenen „weiseren" und „friedensliebenden" Teil Deutschlands nicht glaubten. Diese Angriffe versetzten Briand in die seltsame Notwendigkeit, Deutschland verteidigen zu müssen. Man könne, sagte er, durchaus nicht behaupten, daß Deutschland nicht den Willen habe, zu zahlen. Deutschland habe rechtzeitig mit den Zahlungen begonnen. Dies leugnen, hieße das Ansehen und Recht Frankreichs schädigen. Frankreich bestehe darauf, daß Deutschland eine Finanzreform durchführe, seine Steuern erhöht und den größten Teil seiner Einnahmen zur Bezahlung seiner Schulden verwende. Briand erinnert weiter daran, daß der Kapputsch durch den Widerstand der deutschen Demokraten unterdrückt worden sei. Auch andere gefährliche Pläne hätten nicht ausgeführt werden können, weil das demokratische Deutschland es verhindert habe. Man dürfe Frankreich nicht den Vorwurf machen, daß es unversöhnlichen Haß gegen das demokratische Deutschland hege. Frankreich stehe einer deutschen Regierung gegenüber, die besser als die vorherige sei. Trotzdem sei noch für einige Zeit Vorsicht notwendig. Das habe er in Washington gesagt. — Schließlich sprach der Senat dem Ministerium mit 248 gegen 12 Stimmen das Vertrauen aus.

Aus dem Budgetausschuß des Senats.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Senates wurden in Anwesenheit der Minister Cerny und Vrbensky die Kapitel Inneres und Gesundheitswesen erledigt. In die sonst eintönigen und ruhigen Sitzungen des Budgetausschusses des Senates kam gestern ein etwas lebhafterer Ton durch die Debatte, welcher durch die nationalistischen Angriffe des Senators Klecak hervorgerufen wurde. Der tschechische Nationalsozialist griff die Gendarmen deutscher Nationalität in parteiischer, chauvinister Weise an. Sehr interessant und traurig gestaltete sich die Abstimmung über die Resolutionen und Abänderungsanträge. Der Referent Horacek selbst anerkannte zwar, daß einige Abänderungsanträge berechtigt sind und wohl auch angenommen worden wären, „wenn nicht der Senat vollkommen gebundene Hände hätte." Bei der Abstimmung über die Resolution wurde eine Unterscheidung gemacht, indem sie in solche eingeteilt wurden, die der Regierung zur Berücksichtigung abgetreten und in solche, welche dem Plenum zur Annahme empfohlen werden. Diese letzteren sind offenbar bevorzugt und es ist bezeichnend, daß von den zahlreichen Resolutionen, die von deutscher sozialdemokratischer Seite eingebracht wurden und selbstverständlich durchwegs zur Gunsten der Arbeiterschaft gestellt sind, nur eine einzige dem Plenum zur Annahme empfohlen wurde, während zahlreiche von deutschbürgerlicher Seite gestellte Resolutionsanträge dem Plenum zugewiesen wurden.

•

Die Sitzung, die um 9 Uhr vormittags eröffnet wurde, begann mit dem Berichte des Sen. Horacek (tsch. Agrarier) zum Kapitel Inneres. In der Debatte zu diesem Punkte sprachen die Senatoren Dr. Hilgenreiner, Dr. Spiegel, Kouschak und Dr. Wiechowski. Dieser erhob eine ganze Reihe von Forderungen, darunter die nach Aufhebung des Schubgesetzes, des Prügelpatentes, nach Schaffung eines neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes nach einem Gendarmeriegesetz und nach der Koalitionsfreiheit für die Gendarmerie. Er verlangte ferner die Durchführung der Wahlen in die Gemeinden und die Nationalversammlung dort, wo diese Wahlen noch nicht erledigt sind. Da die Rehabilitierung der politisch Gemaßregelten, die Aufhebung der reaktionären Paßvorschriften und ein neues Gesetz, daß das Auswanderwesen regelt. Zum Schluß stellte er noch eine Anfrage, wie weit die Untersuchung der Graslitzer Vorfälle gediehen ist.

Dann sprach die Senatorin Eckstein, dann der Nat.-Soz. Klecak, welcher chauvinistische Angriffe gegen die deutsche Gendarmerie erhob. Nach ihm sprach Sen. Gen. Renzl, welcher sich gegen die verhetzenden Worte Klecaks wandte. Die deutschen Gendarmen haben sich stets durchaus loyal betragen und jeder nationalen Stellungnahme enthalten. Der Minister wird aufgefordert, ihm seine Worte zu bestätigen.

Dann sprachen noch die Senatoren Hilgenreiner, Spiegel, Herzig, welche sich alle gegen die Ausführungen Klecaks wandten. Der Minister des Innern Cerny erwähnte unter anderem, daß die Gemeindewahlen im Hultschin erst dann durchgeführt werden können, wenn die Frist für die Option abgelaufen ist. Auf die Anfrage des Gen. Wiechowski bezüglich der Vorfälle in Graslitz erwiderte er, daß der Stand der Angelegenheit noch derselbe ist, wie zur Zeit, als der Minister seine Erklärung im Abgeordnetenhause abgab. Die Untersuchung ist noch nicht beendet. Er stellte ferner fest, daß an einem neuen Vereins- und Versammlungsgesetz gearbeitet wird und daß die reaktionären Paßvorschriften, namentlich, was die Bestimmung anbelangt, daß die Frauen bei der Auslandsreise die Bewilligung des Gatten brauchen, aufgehoben werden soll. Ebenso soll das Schubgesetz aufgehoben werden.

Ueber das Kapitel Gesundheitswesen referierte Sen. Klecak, in der Debatte sprach Horacek, dann Frau Herzig, welche die Schaffung einer deutschen Hebammenschule verlangte. Ferner Spiegel und Prochazka, der die Forderung nach Verstaatlichung der Krankenkassen erhob. Gen. Wiechowski sprach über Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, Trunksucht, über die Unterbringung unheilbarer Kranker. Er forderte die Schaffung von Lebensmittel- und Arzneiuntersuchungsanstalten und Erneuerung der Prüfungen der Amtsärzte, entsprechend dem nunmehr ausgedehnteren Arbeiterschutz, forderte ferner Entbindungsanstalten für Arbeiterinnen und Schaffung eines Hebammengesetzes. Dann sprachen noch Kotrba, Havlena, Eckstein und dann Min. Vrbensky, dessen Antwort nichts Wesentliches enthält. Er verlangte die Schaffung eines Gesetzes, welches eine achtprozentige Gesundheitsabgabe vorsieht, da dem Gesundheitsministerium zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.

Sen. Facek referierte über das Finanzgesetz vom Jahre 1922 und über das Investitionsbudget. Nach einer Beratung der Koalitionsparteien erfolgte dann die Abstimmung über die Resolutions- und Abänderungsanträge. Im ganzen lagen 10 Abänderungsanträge und 111 Resolutionsanträge vor. Unter den von deutscher sozialdemokratischer Seite gestellten Anträgen wurde der auf die Abschaffung des Prügelpatentes abgelehnt, während merkwürdigerweise ein von tschechischer sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag auf Abänderung dieses Antrages angenommen wurde. Die meisten Resolutions- und Abänderungsanträge wurden der Regierung oder dem Plenum abgetreten. Unter den abgelehnten deutschen sozialdemokratischen Anträgen befinden sich weiters Verbot der Bestrafung der Mannschaft mit Entziehung der Gebühren, die territoriale Einteilung der Truppenaushebung, die Rehabilitierung der aus politischen Gründen Gemaßregelten und die Forderung nach Durchführung der Wahlen, die bisher nicht stattgefunden haben. Die Sitzung schloß um halb acht Uhr abends.

Inland.

Ein Programm ist ausgearbeitet! Der Publizist Alois Hajn schließt eine Artikelserie im „Čas" mit einem Appell an die deutsche Sozialdemokratie, beziehungsweise mit einem Hinweis auf unser Blatt. Hajn schreibt: „Der „Sozialdemokrat" hat jüngst den Tschechen vorgeworfen, daß ihnen der Mut zur Tat mangle und daß sie nicht durch Ausarbeitung konkreter Vorschläge die Beilegung des tschechisch-deutschen Streites versuchen. Nun, ich lege einen solchen Vorschlag vor: die deutsche Sozialdemokratie möge ihre bisherige Passivität gegenüber unserer Republik aufgeben, der tschechischen Sozialdemokratie die Hand zur Mitarbeit reichen und an ihrer Seite im Geiste der nationalen und sozialen Gerechtigkeit und des kulturellen Fortschritts an dem inneren Ausbau dieses Staates mitzuwirken. Der „Sozialdemokrat" selbst sagt, daß die tschechischen und deutschen Nationalisten bei ihrer Mentalität und Ideologie zur Beilegung des tschechisch-deutschen Streites unfähig sind; nun, warum bekundet nicht die deutsche Sozialdemokratie den Mut zur Tat und versucht nicht selbst das, wozu sie die anderen auffordert? In der Demokratie muß jeder bei sich selbst anfangen." — Hiezu möchten wir bemerken, daß wir den Mut zur Tat schon durch die Aufstellung des Teplitzer Programmes bewiesen haben. Dies war ein Anfang. Aber es folgten ihm von tschechischer Seite nur Spott und Hohn. Hajn, der ein ernster Publizist ist, möge dieses Programm prüfen und sich darüber äußern, ob es nicht zumindest eine Diskussionsgrundlage zur Lösung der nationalen Frage in diesem Staate ist. Jeden Augenblick sind wir bereit, ernst und vorurteilsfrei an die Lösung der nationalen Frage heranzutreten. Wir waren es, als Seliger in den Umsturztagen nach Prag fuhr, wir waren für den nationalen Frieden als wir das Brünner Programm mit den tschechischen Genossen gemeinsam beschlossen haben. Wir haben bei uns selbst angefangen und warten nun — und hoffentlich nicht vergebens — daß unsere Stimme des nationalen Friedens nicht ungehört verhalle. Die Artikelserie Hajns verzeichnen wir als glückseliges Omen. Wir ersehen aus ihr, daß es vorläufig bloß Einzelne im tschechischen Volke sind, die weitblickend, die Bedeutung dieser Frage nicht zuletzt für den Staat ermessen. Aber so weit wir auch blicken, sehen wir nicht den geeigneten Partner, der sich mit uns an den Beratungstisch setzen würde.

Eine Erklärung des Abgeordneten Bechyne. Wir haben berichtet, daß nach Meldungen der „Lidove Noviny" und des „Pravo Lidu" drei tschechische Bankdirektoren, ein Privatbankier und ein höherer Staatsbeamter auf betrügerische Weise mit der tschechischen Krone auf der Züricher Börse manipulieren wollten. Abg. Bechyne gibt zu diesem Falle im vorgestrigen „Pravo Lidu" folgende Erklärung ab: „Ich erachte es als unbedingt notwendig, unserer Oeffentlichkeit folgendes mitzuteilen: Am Sonntag, den 4. Dezember, vor 8 Uhr abends, rief mich telephonisch der Oberdirektor der „Agrarni Banka", Herr Svoboda, an. Er teilte mir mit, daß er mich bereits im Laufe des Tages gerufen habe, daß er jedoch eine Verbindung nicht erhalten hatte. (Ich war in Kuttenberg bei einer öffentlichen Versammlung). Direktor Svoboda sagte mir telephonisch etwa folgendes: Das heutige „Pravo Lidu" hat eine fürchterliche Nachricht gebracht, durch die ich schwer an meiner Ehre geschädigt wurde. Ich versichere Ihnen durch Ehrenwort, daß die Nachricht nicht auf Wahrheit beruht und daß weder ich noch Herr Tuma den Versuch unternommen haben, dessen uns das „Pravo Lidu" beschuldigte. Ich wende mich an Sie, da Sie dem „Pravo Lidu" nahestehen (allerdings bin ich Mitglied seiner Redaktion) und weil ich Sie persönlich kenne. Herr Direktor Svoboda war Mitglied der revolutionären Nationalversammlung für die Agrarpartei, wo wir uns kennen lernten.) Ich bin gezwungen, zur Verteidigung meiner Ehre gegen den unbekannten Schreiber die Strafanzeige zu erstatten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und daß Sie persönlich meiner ehrenwörtlichen Versicherung Glauben schenken, daß ich vollkommen unschuldig bin." Ich habe etwa folgendes geantwortet: „Bis zu diesem Augenblick war ich fest überzeugt, daß Sie, Herr Direktor, Tuma, Doktor Altmann und Herr Fuchs tatsächlich die Aktion unternommen haben, worüber das „Lidove Novinn" und „Pravo Lidu" schrieben. Ich ging selbst der Sache nach und es sind mir Informationen von Stellen zugekommen, welche ich als vollkommen glaubwürdig erachten mußte und muß. Diese Angelegenheit ist so ernst, daß sie sich nicht durch eine Zeitungserklärung abfertigen läßt und deshalb begrüße ich Ihre Entscheidung, daß Sie sich vor einem Gerichtsforum verteidigen werden. Damit die Angelegenheit vereinfacht und beschleunigt werde, erkläre ich mich als Schreiber des Artikels im „Pravo Lidu" selbst. Damit war das telephonische Gespräch beendet. Gestern vormittag um 11 Uhr suchte mich Herr Direktor Svoboda mit seinem Rechtsvertreter Herrn Dr. Svehla im Landtagsgebäude auf. Die Herren teilten mir mit, daß sie meine Erklärung über die Autorschaft des Artikels zur Kenntnis nehmen und daß sie das größte Interesse an der Sicherstellung der Wahrheit vor den Augen der ganzen Oeffentlichkeit haben, daß aber die begründete Befürchtung vor einer Verschiebung der Angelegenheit bestehe, weil ich, geschützt durch die Abgeordnetenimmunität nicht in der Lage sein werde, mich so schnell vor dem Schwurgerichte zu verantworten, wie dies die Ehre der genannten Finanzleute erfordere. Darauf habe ich erklärt: „Ich übernehme die ehrenhafte Verpflichtung, daß ich selbst dafür Sorge tragen werde, daß mich die Nationalversammlung sofort ausliefere, sobald das Gericht das Verlangen stellen wird." Auf Grund dieser Erklärung teilten mir die Herren mit, daß die Herren Svoboda, Tuma, Altmann und Fuchs heute noch die Strafanzeige gegen mich erstatten werden. Damit verabschiedeten wir uns. Ich teile diese Ereignisse der Arbeiteröffentlichkeit mit. Ich erachte es als unbedingt notwendig, im Interesse der Reinheit unseres Lebens, daß endlich die Fäulnisatmosphäre durchlüftet werde, in der unser Finanzkapital arbeitet.

•

„Nar. Listy" melden, daß gegen Dr. Altmann in der Devisenabteilung des Bankamtes, der beschuldigt war, seine Pflichten verletzt zu haben, das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, welches, wie das Blatt erfährt, heute beendet wird und über welches eine offizielle Erklärung veröffentlicht wird.

Tschechisch-ungarische Eisenbahnverhandlungen. Die Eisenbahnberatungen zwischen den Vertretern der Tschechoslowakei und Magyarien fanden in Kaschau in der Zeit vom 2. bis 5. ds. statt. Den Anlaß hiezu gab die auf der Beratung in Bern über den internationalen Fahrplan getroffene Vereinbarung, daß aus Budapest nach Poprad in der Slowakei und zurück ab 15. Dezember jeden zweiten Tag ein direkter Schnellzug verkehren wird. In den heutigen Beratungen wurde vereinbart, daß der Warentransport aus der Tschechoslowakei nach Magyarien und zurück über Turna, Cana und Slowakisch-Neustadt geleitet werden wird. Auf dem gleichen Wege wird der Transitwarenverkehr aus Magyarien nach Polen und aus der Tschechoslowakei nach Jugoslawien erfolgen.

Die Errichtung der slowakischen Gaue aufgeschoben. Der Plan der Errichtung von zwei Probegauen in der Slowakei ist, wie „Nar. Listy" erfahren, fallen gelassen worden. Die Gaue werden im Jahre 1922 für die Slowakei definitiv und zur Gänze und erst im nachfolgenden Jahre vielleicht auch in den anderen Teilen der Republik errichtet werden.

Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

Tages-Neuigkeiten.

Ein Veteran der wissenschaftlichen Arbeit. Nach vierzigjähriger Dienstzeit tritt in diesem Schuljahre der Mechaniker des Institutes für allgemeine und experimentelle Pathologie an der deutschen Universität Johann Waraus in den Ruhestand. Der überaus fähige, pflichteifrige, dabei aber äußerst bescheidene und allen Aeußerlichkeiten abholde Mann, der nur in dem Gefühle der treuen Pflichterfüllung den Lohn für seine Tätigkeit finden konnte, verdient es wohl, daß die Oeffentlichkeit von seinem Wirken Kenntnis erlange. Waraus ist aus der von dem Altmeister der Physiologie Hering an seinem hiesigen Institute errichteten Mechanikerschule hervorgegangen und kurze Zeit nach der Errichtung des experimentell-pathologischen Institutes in den Dienst dieser Anstalt getreten. Er übernahm die Aufgabe der Schaffung des wissenschaftlichen Inventars an Apparaten und Behelfen aus den zur Verfügung stehenden kärglichen Mitteln und konnte diese schwierige Aufgabe in der Weise lösen, daß fast das gesamte Inventar an Apparaten, Forschungs- und Unterrichtsbehelfen buchstäblich aus seinen Händen hervorgegangen ist. Der erste Vorstand des Institutes Hofrat Knoll, dem Waraus bei einer mehr als zwanzigjährigen wissenschaftlichen Forschungsarbeit hilfreich zur Seite stand, hatte in Anerkennung der besonderen Fähigkeiten Waraus ihn bei seiner Berufung nach Wien zur Einrichtung des dortigen Institutes mitgenommen. Aber auch alle jene zahlreichen Forscher, die während der vergangenen vierzig Jahre am Institute mit wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigt waren, konnten sich der werktätigen Beihilfe und Unterstützung des Institutsmechanikers in vollem Ausmaße erfreuen und mußten stets anerkennen, daß Waraus nicht nur die „mechanische Hand" im Institute, sondern eine stets mitdenkende und mitarbeitende echte „wissenschaftliche Hilfskraft" gewesen ist. Die Vertiefung in die mannigfachen Probleme des Experimentallaboratoriums führten Waraus zur Entfaltung seiner ungewöhnlichen konstruktiven Begabung, sodaß aus seiner Werkstätte und von seiner Hand eine große Anzahl von Eigenkonstruktionen hervorging, durch welche die gestellten Fragen in einfacher, sinnreicher und dabei künstlerisch eleganter Form der Lösung zugeführt wurden. Von seinen Eigenkonstruktionen und den Modifikationen anderer Apparate sei nur der Warausche Tambour, eine besonders empfindliche Schreibtrommel, erwähnt, die als Umgestaltung und Verbesserung des Tambour de Marey nicht nur hierzulande, sondern in allen physiologischen Laboratorien und bei den klinischen Registrierungen ausgedehnte praktische Anwendung findet. So kann der in den Ruhestand tretende Veteran der wissenschaftlichen Arbeit mit Befriedigung auf seine Tätigkeit zurückblicken, der ein reichlich Anteil an den Untersuchungen des Institutes und ihren Ergebnissen zufällt. Die ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder des Institutes versammeln sich heute zu einer Abschiedsfeier, um dem scheidenden Mechaniker mit ihrem anerkennenden Danke ihre besten Wünsche für den wohlverdienten Ruhestand darzubringen.

Das Budget der Stadt Prag für das Jahr 1922. Am Freitag wird der Stadtrat über das Budget des Jahres 1922 verhandeln und darüber abstimmen. Das Erfordernis an ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben beträgt 172,959.567 K. Es ist mehr als sechseinhalbmal so groß als das des Jahres 1914. Bei den elektrischen Unternehmungen bildet das Gesamterfordernis 227,813.969 K, in der Gemeindegasanstalt beträgt es 81,210.023 K. Die Bedeckung beträgt bei den ersteren 27,813.969 K, bei der letzteren 76,985.069 K. Im Zentralschlachthaus und auf dem Viehmarkt beläuft sich das Erfordernis auf 4.572.732 K, die Bedeckung auf 4.575.251 K. In der Altstädter Markthalle beträgt es 1.611.326 K, die Bedeckung 1.644.869 K, daher beträgt das Gesamterfordernis des Gemeindehaushaltes neben den Gemeindeumlagen, dem Bezirksschulbudget und den Anleihen für das Jahr 1922 485.092.700 K, die Bedeckung 468.840.859 K. Wenn man aber noch das Erfordernis des Schulbezirkes mit 38.369.850 K und das Institutionserfordernis (die Gemeindeanleihe) mit 135.382.180 K hinzufügt, erreicht das Budget der Gemeinde Prag für 1922 die Gesamtsumme von 658.844.730 K.

Henri Barbusse's Absage an den Kommunismus. Henri Barbusse erklärt in der letzten Nummer der „Clarté": „Wir müssen für einige Zeit den Illusionen entsagen, die in unseren Seelen und Herzen unter dem Eindruck der großen Ereignisse, wie es der Krieg und die Begründung der russischen Republik waren, erwachsen sind. Diesen unwiderleglichen Beweisen gelang es nicht, eine hinreichend starke Anzahl oder eine genügend kampffrohe Opfergemeinschaft in der ganzen Welt zu überzeugen. Wir müssen also unsere Ungeduld zügeln und wir müssen uns loyal bemühen, nützlich zu sein, derart, daß wir wieder von Anfang an beginnen. Unsere Zeit ist keine Zeit der Verwirklichung, sondern bloß eine Zeit der Irrtümer; Wir müssen also innerhalb unseres Wirkungsbereiches danach handeln."

Die Entlassung der im Jahre 1921 Assentierten des Geburtsjahrganges 1899. Die Abgeordneten Hans Joll, Franz Kaufmann, Hans Uhl und Genossen brachten im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag ein: Der § 61, Absatz 4, des Wehrgesetzes bestimmt, daß die im Jahre 1920 assentierten Wehrpflichtigen des Geburtsjahrganges 1899, falls sie in Oesterreich bereits eine einjährige Dienstzeit geleistet haben, nur zu einer einjährigen Präsentdienstpflicht zu verhalten sind. Für die im Jahre 1921 Assentierten des Jahrganges 1899 wird im Absatz 6 des gleichen Paragraphen bestimmt, daß alle Assentierten, ohne Rücksicht auf die Dauer des bereits geleisteten Militärdienstes zwei volle Jahre zu dienen haben. Durch diese unlogischen Bestimmungen ergibt sich die Anomalie, daß Assentpflichtige des Geburtsjahres 1899, die im Jahre 1920 als untauglich zurückgestellt und heuer assentiert wurden, zwei Jahre dienen müssen, während sie bei einer Assentierung im Vorjahre nur ein Jahr zu dienen gehabt hätten. Es wird daher beantragt: Die Regierung wird aufgefordert, die im Jahre 1921 Assentierten des Jahrganges 1899 genau so zu behandeln, wie die im Jahre 1920 Assentierten dieses Jahrganges.

Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper beim Finanzminister. Am 2. Dezember l. J. sprach eine Abordnung des Verbandes beim Finanzminister Novak vor, um über die Finanznot der Gemeinden und Bezirken zu berichten. Die Abordnung legte insbesonders dar, daß die Umlagenüberweisungen der Steuerämter an die Bezirke und Gemeinden völlig unzulänglich seien und nur einen Bruchteil der unter diesem Titel präliminierten Einnahmen ausmachen. Die Gründe für diese unzulänglichen Ueberweisungen seien zunächst: Der Verzug in der Vorschreibung der direkten Staatssteuern, insbesondere der allgemeinen und der besonderen Erwerbsteuer nach dem II. Hauptstück des Personalsteuergesetzes, weiter die kumulative Verrechnung der Steuern und Selbstverwaltungszuschläge in der Art, daß der Staat aus den Eingängen bei den Steuerämter jeden Monat ein volles Zwölftel des Jahresbetrages der Staatssteuern für sich vorweg nimmt, so daß den Selbstverwaltungskörpern nur der Rest erübrigt, die Steuerrückstände also ausschließlich zu ihren Lasten gehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die staatlichen Steuerbemessungs- und Steuereinhebungsämter in absehbarer Zeit nicht im Stande sein werden, die Rückstände in der Vorschreibung und Einhebung der Steuern samt Zuschlägen aufzuarbeiten, zumal die Steuerbemessungsämter beauftragt sind, vor allem die Vermögensabgabe zu verlangen. Es sei also notwendig, den Gemeinden und Bezirken die Möglichkeit zu geben, ihre Zuschläge selbst einzuheben und eventuell im Vereinbarungswege Vorschüsse bei größeren Steuerträgern auf infolge der Verzögerung der Steuervorschreibungen erst später fällig werdende Zuschläge zu nehmen. Die Abordnung brachte schließlich die Durchführung des Gesetzes vom 12. August 1921, Slg. Nr. 329, betreffend die Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden zur Sprache und betonte insbesondere die Notwendigkeit der schleunigen Erlassung der in den §§ 28, 35 und 38 des bezogenen Gesetzes vorgesehenen Mustervorschriften, weiter die Erlassung einer Durchführungsschrift zu § 33, welche insbesonders die Voraussetzungen zu bezeichnen hätte, unter welchen den Gemeinden die Einhebung eines 10%igen Zuschlages zur staatlichen Gebühr von der Uebertragung von Liegenschaften unter Lebenden bewilligt werden wird. Schließlich wurde das Verhältnis des § 27 und § 32 und die Rückwirkung der Bestimmungen des letzteren Paragraphen auf die Gebahrungsjahre 1920 und 1921 erörtert. Es wurde aufmerksam gemacht, daß die Gemeinden und Bezirke derzeit nicht in der Lage sind, einen Voranschlag zu verfassen, da sie über die Höhe der Zuweisungen aus dem Ertrage einiger Staatssteuern, insbesondere der Umsatzsteuer vollständig im Ungewissen sind. Die Abordnung betonte nachdrücklichst die Notwendigkeit der sofortigen Abstellung ihrer Beschwerden, da sonst eine ordnungsmäßige Gebahrung bei den Selbstverwaltungskörpern nicht länger aufrecht erhalten werden kann. Der Herr Minister erörterte mit der Abordnung alle vorgebrachten Beschwerden und die Mittel zu ihrer Abhilfe und versprach, seine Stellungnahme zu den Anträgen der Abordnung dem Verbande in wenigen Tagen mitzuteilen. Die Abordnung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper bestand aus dem Vorsitzenden Bürgermeister Dr. Ernst Walther, Teplitz, Vorsitzenden-Stellvertreter Genossen Cermak, dem Kanzleivorstande Abgeordneten Dr. Rudolf Lodgmann und dem Kanzleileiter Dr. Robert Seifert.

Freilassung Kladnoer Kommunisten. Wie „Svoboda" mitteilt, wurden am 5. d. M. die Kladnoer Kommunisten K. Herink und M. Mlcoch, die zu 8 Monaten schweren Kerker verurteilt waren, aus dem Gefängnis entlassen. Zapotocky, Muna und Hula werden Anfang Feber 1922 entlassen werden.

Deutsche Minderheitsschulen in Prag. In der dienstägigen Sitzung des Prager Stadtrates wurde zur Kenntnis gebracht, daß das Schulministerium die deutschen Bürger- und Volksschulen Prags rückwirkend ab 1. Jänner 1921 als Minderheitsschulen in staatlicher Verwaltung übernommen hat. Ferner wurde in der gestrigen Sitzung der seinerzeit vom Stadtrat Dr. Leo Epstein im Stadtverordnetenkollegium gestellte Antrag dem Verein „Deutsche Ferienkolonie" in Prag 18.000 K aus Gemeindemitteln zu überweisen einstimmig angenommen.

Eine Blamage der Deutschgelben in Joachimsthal. Der nationalsozialistische Bezirksverein Joachimsthal berief für Samstag in die Joachimsthaler Turnhalle eine öffentliche Volksversammlung ein, in der, wie große Plakate verkündeten, Abg. Patzel über „politische und wirtschaftliche Tagesfragen" sprechen sollte. Die Joachimsthaler Arbeiterschaft wollte anfänglich der Gesellschaft die Ehre hinzugehen, gar nicht erst erweisen, entschloß sich aber am letzten Tage doch zu dem Gegenteil, um den Gelben ins Gesicht zu sagen, warum ein feines Wertes bewußter Arbeiter nichts von ihnen wissen will. Um acht Uhr eröffnete der Obmann der „Nationalsozialisten", ein Herr Hellmich, nachdem er den Regierungsvertreter vorgestellt, die Versammlung, um mitzuteilen, daß Herr Patzel trotz Zusage „nicht da" sei. Der Mann hat ein Bild des Jammers und war derart aufgeregt, daß er sogar den Namen seiner eigenen Partei, deren Obmann er ist, vergessen hatte und die Versammlung als — „Sozialdemokrat" begrüßte, was nicht wenig Heiterkeit hervorrief. Herr Hellmich, der Obmann der Joachimsthaler Nationalsozialisten, begann nach dem Stenogramm des Karlsbader „Volkswille" folgendermaßen: „Verehrte Anwesende, geehrte Parteigenossen, werte Versammlung! Im Namen der deutschen sozialdemokratischen Partei in Joachimsthal begrüße ich Sie und erkläre ich die Versammlung für eröffnet. Der Herr Abgeordnete Patzel ist nicht erschienen, aber wir halten die Versammlung trotzdem ab. Ich kann Ihnen jedoch keinen Vortrag über die politischen und wirtschaftlichen Fragen halten, da ich davon nichts verstehe und schon seit langer Zeit nichts gelesen habe. (Heiterkeit.) Bevor wir mit der Versammlung beginnen, ist es unbedingt nötig, ein Präsidium zu wählen" — usw. — Nun wurde zur Wahl geschritten. Das von den Arbeitern vorgeschlagene Präsidium erklärte Herrn Hellmich als „nicht gewählt", worauf das von nationaler Seite vorgeschlagene Präsidium gewählt werden sollte, für das sich nur recht wenig Hände erhoben. Da erklärte der Herr Einberufer wörtlich folgendes: „Das ist auch nicht die Mehrheit, und somit erkläre ich die Versammlung für geschlossen!" Die Versammlung wurde also geschlossen, ohne daß jemand referiert hätte und obwohl völlige Ruhe im Saale herrschte. Genosse de Witte erklärte sogar, daß sich die Sozialdemokraten auch mit dem Vorsitz der Einberufer abfinden würden, wenn nur die Versammlung, in der mit den Gelben abgerechnet werden sollte, durchgeführt werde. Trotzdem — oder eben deswegen, rissen die gelben Hasen unter Führung ihres famosen Herrn Hellmich aus. Sie hatten eben schon genug von der Blamage.

Deutsche Bauberatungsstelle in Prag. Die vom Verbande der deutschen Selbstverwaltungskörper errichtete deutsche Bauberatungsstelle in Prag hat den Zweck, den im Verbande vereinigten Selbstverwaltungskörpern, deutschen Bauvereinigungen und deutschen Einzelpersonen, die Bauten irgendwelcher Art, insbesonders Kleinwohnungsbauten ausführen oder ausführen beabsichtigen, sowie den beteiligten Baugewerbetreibenden zur Erreichung ihrer Bestrebungen behilflich zu sein. Zum Leiter der deutschen Bauberatungsstelle wurde Architekt Ing. Ernst Muhrmann, Prag II, Nicgrova nob. 18, bestellt. Mit der Führung der administrativ-juridischen Geschäfte wurde Ministerialrat i. R. Dr. Oskar Laborsky, Smichow, Zborovska 20, betraut. Die Kanzlei befindet sich in Kl. Weinberge, Jungmannova 31, 1. Stock. Der Parteienverkehr findet bis auf weiteres Montag, Mittwoch und Samstag von 10—12 Uhr vormittags statt. Zur Oberleitung wurde ein Beirat eingesetzt, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Vorsitzender Oberbaurat Prof. Theodor Bach, Prag; Bauoberkommissär Ing. Gustav Fritsch, Prag; Bürgermeister Karl R. Fischer, Gablonz; Abgeordneter Eduard Hausmann, Reichenberg; Abgeordneter Karl Kostka, Reichenberg; Landeskonservator Karl Kühn, Prag; Bürgermeister Leopold Pölzl, Aussig; Abgeordneter V. Robert Schälzky, Freudenthal; Abgeordneter Karl Schuster, Drahowitz; Baurat Josef Zasche, Prag.

Ein ehemaliger Großwesir ermordet. Der ehemalige türkische Großwesir Prinz Ali Rascha wurde während eines Spazierganges erschossen. Der Mörder ist unbekannt.

Kleine Chronik.

Die furchtbare Explosion in Saarwellingen.

Bei der Explosion in Saarwellingen ist der Brand in der Nitrokörperschmelze entstanden. Im Augenblick explodierten die gesamten dort lagernden Sprengstoffe. Bisher sind 13 Leichen geborgen, die zum größten Teile gar nicht festgestellt werden können. Die Fabrik ist zum größten Teile zerstört. Die Häuser der näheren Umgebung sind zum Teile abgedeckt, ganze Gebäude eingestürzt. Der Schade ist ungeheuer und an eine Wiederaufnahme der Arbeiten vor geraumer Zeit ist nicht zu denken. Französische Truppen und Saarpolizei haben das Gelände gegen die in Scharen heranströmenden Neugierigen abgesperrt.

Märchen über die Aufrichtung einer Sowjetrepublik in Steiermark.

Wien, 7. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat".) Einige Wiener Blätter berichteten heute von der Ausrufung einer Sowjetrepublik durch die Bergarbeiter von Köflach. Das ist absolut nicht wahr. Wahr ist daran Folgendes: In Köflach haben sich die Bergarbeiter des Karlsschachtes bei einer Abrechnung benachteiligt gefühlt und schon vor längerer Zeit dem Direktor eine Katzenmusik gebracht, die aber ganz harmlos verlief. Der Direktor aber hat fünf Bergarbeiter gekündigt. Die Bergarbeiter verlangten nun Verhandlungen über die Rücknahme der Kündigung. Die Verhandlungen haben gestern stattgefunden und beide Teile unterwarfen sich einem Schiedsgericht. Sonst ist nichts vorgekommen, nicht einmal ein Streik.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die polnische Valuta steigt. — Die Arbeitslosigkeit wächst.

Krakau, 6. Dezember. (P. T. A.) Die Blätter melden, daß die **Arbeitslosigkeit immer mehr zunimmt.** In der letzten Zeit haben sich einige hundert Arbeiter um Arbeit gemeldet. Die Situation wird auch durch die Demobilisierung der Offiziere und Soldaten schlechter. Die wahre Ursache ist aber wohl im Steigen der polnischen Mark zu suchen, das dem Ausland Bestellungen in Polen nicht mehr rentabel erscheinen läßt und auch schon im Lande selbst die Preise für Textilwaren drückt.

Bierpreise. Wie die „Tribuna" meldet, hat der Ministerrat vom 1. Dezember beschlossen, die Höchstpreise für Bier abzuschaffen. Damit die Konsumenten jedoch einigermaßen geschützt sind, wurde verordnet, daß in jedem Lokal, in dem Bier verkauft wird, die Bierpreise nach Ursprung und Art des Bieres angezeigt werden müssen. Das Ministerium für Volksverpflegung hat eine Kalkulation der Erzeugungskosten des Bieres aufgestellt, wonach im Ausschank und über die Gasse sich der Preis per Liter folgendermaßen stellen: fünfgrädiges Bier 2.47 K, sechsgrädiges 2.57 K, achtgrädiges 2.78 K, zehngrädiges 3.10 K. Bei gedeckten Tischen kann der Preis per Liter um 38 Heller höher sein, bei Unterhaltungen kann ein weiterer Aufschlag von 20 Hellern erfolgen.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks. Da uns mehrere Anfragen zugehen, welches der Kern des Inhaltes der zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossenen Vereinbarung ist, stellen wir nochmals fest, daß 1. der bisherige Kollektivvertrag weiter aufrecht bleibt, 2. die Regiearbeiter behalten grundsätzlich ihren Lohn, 3. auch die Gedingearbeiter erhalten keine niedrigeren Löhne als früher und verpflichten sich nur eine um 6.2% gestiegene Kohlenmenge zu fördern, was bekanntlich bereits eingetreten ist, sodaß unter dieser Bedingung der bestehende Durchschnittsverdienst pro Schicht sogar noch eine Erhöhung von 55 auf 58 Kronen erfährt. Die Unternehmer haben erklärt, daß sie den neuen Kollektivvertrag nur dann abschließen werden, wenn sich die Bergarbeiter zu einer Erhöhung der Förderleistung um 20 Prozent verstehen. An diese Abmachung, die vorläufig keine Rolle spielt, erachten sich die Vertreter der koalierten Verbände, wie es in ihrer Erklärung heißt, nicht gebunden.

Lohnbewegung der Prager Handlungsgehilfen. Die Prager Handelsgehilfenschaft protestierte Dienstag gegen das Vorgehen der Prager Kaufmannschaft betreffs die Lohnregulierung in den Geschäften und Kanzleien. Der Standpunkt des Greniums, welches die Forderung betreffend eine Erhöhung der Gehalte um 35% mit dem Vorschlag beantwortete, die Gehalte der Prager Handelsgehilfen um 50 Kč zu erhöhen wurde abgelehnt und der Verband der Handels- und Industrieangestellten beauftragt, die Gehalte von Betrieb zu Betrieb zu regeln. Die Handelsgehilfen wurden aufgefordert, Personalversammlungen einzuberufen und durch Vorlegung der Forderun-

gen in jedem einzelnen Betriebe eine Regulierung zu erlangen. Gegen die Entscheidung des Gremiums, daß vor den Weihnachtsfeiertagen die Geschäfte auch am Sonntag, den 11. Dezember geöffnet bleiben sollen, wurde beschlossen, dem Magistrat einen Protest zu überreichen. — Es wurde eine Entschließung angenommen, in der den Bergarbeitern die Sympathie ausgedrückt wird.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3253, 100 Mark 42.90, 100 schweiz. Franken 1743, 100 Lire 892½, 100 franz. Franken 684½, 1 Pfund Sterling 370, 1 Dollar 90⅞, 100 belg. Franken 633½, 100 Peso 1292½, 100 Dinar 134½, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.51, 100 poln. Mark 2.97½, 100 ung. Kronen 11.75 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Unsere Toten. Heute findet auf dem Rosawitzer Friedhofe die Bestattung des Genossen Josef Altmann statt, der, ein hoher Sechziger, Dienstag abends plötzlich in Peiperz starb. Altmann wirkte wie seine Frau, deren Jubiläum wir vor kurzem feierten, seit mehr als einem Menschenalter in der sozialdemokratischen Bewegung Deutschböhmens. Bis zu seinem Tode leitete er die Lokalorganisation in Peiperz. Die klassenbewußte Arbeiterschaft, die tiefen Anteil an dem schweren Verluste nimmt, der die Genossin Altmann getroffen, wird Josef Altmann bleibende ehrende Erinnerung bewahren.

Sozialdemokratische Versammlungstätigkeit in Westböhmen. Sonntag, den 4. Dezember wurden im Bezirke Graslitz fünf sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, denen am 20. Oktober im Bezirke Neudek siebzehn Versammlungen vorangegangen waren. Die Versammlungen, die zum größten Teil von der Kreisvertretung Karlsbad mit Referenten beschickt worden waren, erfreuten sich durchwegs eines guten Besuchs. Von besonderem Interesse sind die Versammlungen im Bezirke Graslitz, wo den Deutschbürgerlichen Gelegenheit geboten war, ihre Anwürfe gegen die sozialdemokratische Partei in offener Versammlung vor hunderten von Arbeitern zu wiederholen. Aber die Herrschaften hatten der Tapferkeit besseren Teil gewählt und waren fern geblieben. Die Versammlungen werden den Deutschbürgerlichen den Beweis erbracht haben, daß ihre schamlosen Hetzereien abprallten und kein anderes Ergebnis hatten, als in den Tagen der größten Aufregung eine augenblickliche Verwirrung, und den Tod von fünfzehn Menschen herbeizuführen. In der Versammlung in Graslitz erstattete Abg. Gen. Hillebrand das Referat, der zunächst die Bündnispolitik unserer Regierung schilderte, die den Vorwand für ihre ungeheuren militärischen Rüstungen bildet. Redner kam dann auf die jüngste Kriegsgefahr zu sprechen, um dann mit aller Schärfe die von den Deutschbürgerlichen gegen die deutschen Sozialdemokraten betriebene Hetze zu brandmarken, die auch in erheblichem Maße die blutigen Ereignisse in Graslitz mitverschuldet hat. Gen. Hillebrand erinnerte an die Kriegshetze der Deutschbürgerlichen vor dem Weltkriege und während des Weltkrieges und verwies darauf, daß dieselben Deutschbürgerlichen, sich jetzt an die Arbeiter heranschleichen, die vorher Unternehmerknechte waren, in ihrem Arbeiterhaß niemals zurückscheuten, tschechische oder italienische Streikbrecher gegen deutsche Arbeiter zu schicken. Immer waren sie Feinde der Demokratie, Hasser der Gleichberechtigung der Arbeiter, immer waren sie grimmige Feinde. Dann sprach ein Kommunist, der jedoch alle Angriffe auf die Sozialdemokratie vermied, was aber Gen. Hillebrand nicht davon abhielt, das verderbliche Treiben der Kommunisten mit rücksichtsloser Schärfe bloßzulegen. Die Versammlung war ungemein stark besucht, eine große Begeisterung und gute Stimmung herrschte unter der Arbeiterschaft.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte.
M. DEUTSCH 280
Optiker u. Mechaniker, **Prag I., Graben 25.**
(Kleiner Bazar.)

Selbstschreibende Burrough-Additionsmaschinen der Firma Glogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probestellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Bücher von bleibendem Wert und edler Ausstattung sind immer noch die billigsten und schönsten
Weihnachts-Geschenke.
Wir bitten, rechtzeitig bei uns zu wählen.
Täglich bis 7 Uhr geöffnet.
ANDRÉ'SCHE Buchhandlung
Prag-I., Pulverturm Nr. 969. 429

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinengesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-à-vis dem Obecni dum. Telephon 2871. 107

Löschprobe mit einem neuen Trockenfeuerlöschapparat. Auf dem Felde oberhalb des Wilsonbahnhofes beim Fußballplatz „Cechie" wurde am 26. November um 1 Uhr mittag von der Firma Wilhelm Rosenbaum, Prag II., Wenzelsplatz 66, eine Feuerlöschprobe mit dem Feuerlöschapparat „Hasam" veranstaltet. Zu dieser Feuerlöschprobe hatten sich Vertreter des Ackerbau-, des Eisenbahn- und des Postministeriums und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten eingefunden, weiter einige Mitglieder der technischen Kommission des tschechischen Feuerwehrlandesverbandes, wie auch Vertreter verschiedener Firmen. Die Löschprobe wurde an drei Objekten vorgenommen, die mit Öl, bezw. Petroleum und Benzin begossen und angezündet wurden. Nach Aufflammen wurde der Brand durch Bestreuung mit der Füllung des „Hasam" sofort gelöscht. Der überraschende Erfolg erregte die Bewunderung aller anwesenden fachkundigen Faktoren und es besteht kein Zweifel, daß dieser sensationelle Löschapparat in den Unternehmungen angewendet werden wird. (Wir verweisen auf das heutige Inserat.) 431

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Donnerstag vormittags halb elf Uhr Kammermusik, nachmittags „Vetter aus Dingsda", abends Gastspiel Else Lord-Meißner „Polenblut", Freitag „Bastien und Bastienne" von Mozart, hierauf „Schauspieler", Samstag nachmittags zwei Uhr „Die versunkene Glocke" (Karten Urania), abends „Vetter aus Dingsda", zehn Uhr nachts „Simulation", „Goethe" und „Schöner Filmstar" (Filmburleske). Sonntag fünf Uhr Gastspiel Fleischer-Kubla „Meistersinger von Nürnberg".

Symphoniekonzert Tor Mann (Stockholm). 12. Dezember, großer Lycealsaal. Die mitwirkenden Solisten aus Stockholm, die Sopranistin Maja Kinberg und der Pianist Olof Wiberg, gehören in Schweden zu den ersten Künstlern ihres Faches. So schreibt das „Stockholm Dagblad" über Maja Kinberg: „Ihr großer, wohlklingender, frischer Sopran, gleichmäßig und geschmeidig in allen Lagen, eine vorzügliche Ausbildung, musikalischer Geschmack und Ausdruck, alles trug zu einem großen Erfolge bei. Programmplakatiert. Karten bei Wessler und Truhlar.

„Christelstein", die Weihnachtsoper von Hans Pfitzner, wird am Sonntag, den 18. Dezember, zum ersten Mal aufgeführt.

Deutscher Bezirksbildungsausschuß Groß-Prag. Heute halb 7 Uhr, Landesrat Dr. Rudolf Slawitschek: „Staatsbürgerliche Erziehung" (Volk, Staat und Wirtschaft). Fünfte Kursstunde. Kl. Uraniasaal. Eintritt frei.

Herausgeber:
Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Trockenfeuerlöschapparat
»HASAM«
Die neueste Erfindung der Gegenwart im Feuerlöschwesen.

Die **Vorteile** des Löschapparates sind:
1. Mit einem **einzigen Griff** löschbereit.
2. Nach **langen Jahren** ohne jedweder Kontrolle gebrauchsfähig.
3. **Explosionen ausgeschlossen.** Kann deshalb auf **jedem** Wagen (Eisenbahn und Auto) befestigt werden.
4. Besonders wirksam wird derselbe dadurch, dass das sich ausbreitende Feuer mit dem Pulver gesperrt und der Brand hernach in aller Ruhe gelöscht werden kann. Von **Witterungseinflüssen vollkommen unabhängig.**
5. Die Bedienung und Nachfüllung des Apparates ist **so einfach,** dass selbst jedes Kind dies besorgen kann.
6. Das Pulver ist **vollkommen unschädlich.**
7. **Staunend billiger Preis.**

Der Trockenfeuerlöschapparat „HASAM" ist ohne Konkurrenz und löscht überraschend Benzin, Teer, Petroleum und alle anderen leicht brennenden Stoffe.

„HASAM"
Erzeugung von Trockenfeuerlöschapparaten
Wilhelm Rosenbaum
Prag II., Václavské nám. 66.
Telefon Nr. 1358b. • Verlanget Offerte. 431
Vertreter für alle Bezirke und fürs Ausland werden gesucht.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich noch heute meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hygi. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von Kč 2., in bar. Versandtgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

von Kč 728 Kurze **PELZE**
von Kč 3900. Stadt **PELZE**
Reise- und Chauffeur- von Kč 3900. **PELZE**
von Kč 1680. Leder **PELZE**
LEDER Röcke von Kč 1125. Hosen von Kč 640.
LEDER Automantel von Kč 2500.
LEDER Chauffeurhandschuhe von Kč 190.
LEDER Kappen, Gamaschen, Kindermäntel, Hosen, Mützen, Reisetaschen.
PELZ Kragen für Pfleger Kč 250.
Konfektionshaus
Sigmund Stránský,
Prag, Hybernská.
Alte Preise! Alte Preise!
Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.
363

„ABADIE" PRAG VIII., Lipanská 361

National u. Praga KONTROLL-KASSEN
von Kc 950.—
mit Fabriksgarantie
Rekonstruktionen
Umbau 312
Reparaturen
Vernickelungen
Repar. Abonnement
zu den billigsten Preisen
im Fachgeschäft:
Kontroll-Kassen G.m.b.H.,
Prag I., Rybná ul. 20.

Ein gutes Mittagessen
verbürgt

Suppen-Würze **Ilsa**
Schon ein geringer Zusatz derselben verbessert in überraschendem Maße jede Suppe und Sauce.
Verlanget ILSA bei Eurem Kaufmanne!
Vertreter für
Nordböhm.: RICH. FRITSCH B.-Leipa.
N. Westb.: MAX HAYART Karlsbad.
Milchindustrie-A.G.
Prag-Smichow.

BERSON GUMMIABSÄTZE
BILLIGER ALS LEDER